



It's showtime!

Bericht von der diesjährigen CPAC in Budapest

VON EMIL REBER



Ungarisches Parlamentsgebäude - Foto: © Andrew Shiva / commons.wikimedia.org

Hoch die internationale Solidarität! Sah es nach der Europawahl 2024 zunächst so aus, als würden Europas Rechtsparteien die Fauxpas um Spitzenkandidat Maximilian Krah dafür nutzen, dauerhaft auf Distanz zur deutschen AfD zu gehen, trat Parteichefin Alice Weidel bei der diesjährigen „Conservative Political Action Conference“ (CPAC) in Budapest unbeschadet als Stargast in Erscheinung.

Gerade noch eine durch die Correctiv-Kampagne geschwächte Partei fern jeder Perspektive, nun zweitstärkste Kraft mit direktem Draht ins Weiße Haus: Nachdem ihr Ungarns Premierminister Viktor Orbán mitten im Bundestagswahlkampf einen Staatsempfang bereitet hatte, kündigte er Weidels neuerlichen Besuch Ende Mai überschwänglich in seiner Eröffnungsrede an. An Tag zwei der Konferenz durfte Weidel direkt nach dem ungarischen Außenminister Péter Szijjártó selbst sprechen – und erntete als eine der wenigen Redner standing ovations. Ohne die offene AfD-Unterstützung sowohl durch den mittlerweile in Trumps Ungnade gefallenen Elon Musk als auch durch US-Vize J.D. Vance wäre das kaum denkbar gewesen.

Doch was ist die CPAC?

Die erste Konferenz unter diesem Motto wurde 1974 in Washington D.C. abgehalten – die Eröffnungsrede hielt niemand geringeres als der spätere US-Präsident Ronald Reagan. Veranstalter ist die 1964

gegründete American Conservative Union Foundation (ACUF), nach eigenen Angaben die älteste Graswurzelbewegung der USA; lange bevor die rechtslibertäre Tea Party oder „Make America Great again“ in den 2010er Jahren die politische Bühne betraten. Seitdem tagt die Konferenz jährlich in wechselnden US-Metropolen. Erst im Zuge des weltweiten Aufstiegs konservativer Kräfte rechts der Christdemokratie schaffte es das Konzept einer rechtskonservativen Show-Messe auch in andere Länder:

Japan begrüßte 2017 seine erste CPAC, 2019 öffneten Australien, Brasilien und Südkorea ihre Pforten, 2022 folgten Mexiko und Ungarn, womit das Format erstmals europäischen Boden betrat. Zuletzt gesellten sich 2024 Argentinien und 2025 Polen zu den Gastgebern einer eigenen CPAC.

Es liegt in der Natur der Sache, dass aus europäischer Sicht vor allem die CPAC in Budapest relevant ist.

Sie hat sich zur bestimmenden Vernetzungsplattform patriotischer europäischer Parteien, ihrer Fraktionen im EU-Parlament und ihnen nahestehender Thinktanks entwickelt.

CPAC Budapest hat mit Orbán einen Schirmherrn, der von allen europäischen Rechten wohl am festesten im Sattel sitzt und – wie von Márton Békés im Buch „Nationaler Block“ eindrücklich beschrieben – die weitreichendste kulturelle Hegemonie in seiner Heimat durchgesetzt hat. Doch auch wenn Orbán sowohl

gesellschaftliche Hegemonie erlangt als auch eine geschickte Pendeldiplomatie zwischen den außenpolitischen Polen eingenommen hat, lässt sich die transatlantische Handschrift der Veranstaltung schwer leugnen.

Diese beschränkt sich nicht nur auf die Herkunft des CPAC-Formats und ihrem offensichtlich von amerikanischen Parteitag inspirierten Hollywood-Pathos bis hin zum Absingen der US-amerikanischen Hymne bei der Eröffnung.

Mit 21 Referenten folgen die USA in einer Liste aller „Speaker“ direkt auf Gastgeber Ungarn (22), wobei die politische Prominenz aus Übersee im Vergleich zur gefühlt vollzählig vertretenen Ministerriege Orbáns eher bescheiden ausfällt.

Weit abgeschlagen folgen mit jeweils vier Referenten Visegrad-Partner Polen, Österreich und Israel. Die Slowakei, Nordmazedonien und Georgien sind neben Ungarn die einzigen Länder, die mit ihrem Regierungschef auf der CPAC auftraten.

Allerdings sind mit Morawiecki (Polen), Abbott (Australien), Babiš (Tschechische Republik) und Liz Truss (Großbritannien) auch einige ehemalige Amtsträger angereist.

An oppositioneller Prominenz fallen, neben Weidel, vor allem FPÖ-Chef Herbert Kickl, der Niederländer Geert Wilders, Spaniens Vox-Chef Santiago Abascal und Chiles unterlegener

Präsidentschaftskandidat José Antonio Kast ins Auge.

Bemerkenswert ist, wer nicht angereist ist: Lega, Fratelli d'Italia und das Rassemblement National aus Frankreich schickten nur Hinterbänkler nach Budapest – ausgerechnet die beiden Länder, deren Rechte sich im Vorfeld der Europawahl von der AfD absetzten. Weniger überraschend ist das gänzliche Fehlen rechter Kräfte aus Ländern wie Russland, China oder Serbien. Diese Länder schlagen einen gänzlich anderen außenpolitischen Weg ein als der „Westen“, zu dem sich CPAC durch seine Amerikafreundlichkeit offen bekennt.

Eine von vielen Vorfeld-Rechten kolportierte Lesart, wonach die CPAC lediglich amerikanisch „eingehegte“ Rechtsparteien in ihren Hallen begrüßt, wäre trotzdem überzogen; ebenso die im Mainstream verbreitete Unterstellung, es handle sich bei Orbán um einen „Putin-Knecht“.

Es sind gerade die „melonisierten“ Kräfte, die in diesem Jahr durch

Abwesenheit oder spärliche Prominenz auffielen. Andererseits nehmen die anwesenden Regierungschefs – neben Orbán der Slowake Robert Fico und Georgiens Kobachidze – im Ukraine-Krieg eine eher differenzierte, souveränistische Position ein, während das Meinungsbild in Bezug auf Israel deutlich homogener ist.

Unabhängig davon, welche Haltung die AfD außenpolitisch in den nächsten Wochen einnimmt, sollte man die Konferenz ebenso wie den Flirt mit dem Weißen Haus als das begreifen, was es ist: eine internationale Bühne, die der Etablierung der AfD von außen hilft, wo man im Inneren seit Jahren auf Granit beißt.

Den Blick für Interessenskonflikte, Abhängigkeiten und Meinungsverschiedenheiten sollte man darüber trotzdem nicht verlieren.

Auch bei dieser Art von Familientreffen muss man sich nicht in jeder Frage einig sein.

wir empfehlen ...



KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

02 | Politik

Sogenannte NGOs: Ein Sumpf, der trocken gelegt werden muss!

VON DR. HERMANN CONEN



LangenMueller Verlag.
ISBN 978-3-7844-3739-2

Rezension des Buches von Björn Harms: Der NGO-Komplex – Wie die Politik unser Steuergeld verprasst, Langen Müller Verlag, München 2025. Von Dr. Hermann Conen

Dieses Buch dürfte schon jetzt die wichtigste politische Schrift des Jahres 2025 in Deutschland sein. Es behandelt keine der drängenden Fragen direkt, etwa zur Migration, zur Einschränkung der Freiheit oder zur „Identitätspolitik“, sondern ein

systemisches Thema der politischen Machtverhältnisse – und ist deswegen doch mit allen diesen Themen eng verbunden. In akribischer Recherche-Arbeit hat Björn Harms den sogenannten NGO-Komplex (Non-Governmental-Organisations, zu deutsch Nicht-Regierungsorganisationen) ans Licht gezogen und bewiesen, dass hier keine lupenreinen Zivilgesellschaften am Werk sind, die staatsfern allen erdenklichen Partikular-Interessen Stimme und Gewicht in der politischen Meinungsbildung verleihen. Als vom Staat mit Milliarden-Summen geförderte Organisationen sind sie Vorfeld-Akteure im Dienste des herrschenden Parteienzusammenschlusses, der sich mit dem Staat identisch fühlt und skrupellos den Kampf um den Erhalt seiner Macht an seine NGOs auslagert, um sich nicht den Ruf als treuer Sachwalter der Demokratie und des Rechtsstaates zu verderben. Viele GOs, so müssen sie richtig heißen (und so schreiben wir sie ab jetzt auch), sind ohne „Staatsknete“ nicht überlebens-fähig.

Angefangen hat die staatliche Subventionierung mit einer Lüge: Im Oktober 2000 rief Gerhard Schröder nach einem nicht – wie Schröder behauptete – von

deutschen Rechtsextremisten, sondern von zwei Arabern verübten Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf den „Aufstand der Anständigen“ aus. Die Machenschaften der danach gegründeten GOs sind also nicht wirklich neu. Sie sind eine späte Ausgeburt der Parteien-Oligarchie, die 1966 mit der Bildung der ersten großen Koalition aus CDU und SPD (Kanzler: Kurt-Georg Kiesinger / Vizekanzler und Außenminister: Willy Brandt) ihren Anfang nahm. Das hat schon damals hellsehtig und prophetisch der Philosoph und Psychiater Karl Jaspers in seiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ von 1966 vorhergesehen.

Dieser Herrschaft der Wenigen traten später noch FDP, Grüne und zuletzt die Linke bei. Schon mit der ersten Fassung des Parteiengesetzes (1967) konnte beginnen, was heute viele Beobachter als „Beutegemeinschaft“ erkennen. Das Notwendige dazu hat Hans Herbert von Arnim zusammengetragen („Die Hebel der Macht und wer sie bedient – Parteienherrschaft statt Volkssouveränität“, München 2017).

Das Buch von Harms zeigt das Geflecht von Regierungsmit-

gliedern und ihren Parteien mit den Hunderten von GOs bis ins Detail auf. Das verleiht ihm den Rang eines Standard-Werkes, unerlässlich für die Analyse bzw. die Genese der politischen Entscheidungen, die zu dem heute beklagenswerten Zustand Deutschlands geführt haben.

Was im Buch zu kurz gekommen ist, ist die Einordnung des GO-Komplexes in die anderen Bereiche des Machterhalts der deutschen Eliten mitsamt ihren zahllosen Vernetzungen. Denn der zwangsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk im festen Schulterschluss mit der Mainstream-Presse bringt die Elaborate (insbesondere durch gekaufte Studien bzw. Experten) erst an den Mann und die Frau – und gibt ihnen so den Anschein von allgemeiner Zustimmung. Dazu findet zwischen den komplexen Regierung, NGOs und Leit-Medien ein reger Austausch des Personals statt.

GO-Aktivisten wechseln in Regierungsämter (und umgekehrt), Journalisten werden Regierungssprecher, GO-Aktivisten verkleiden sich als Journalisten (z.B. correctiv). Weitere Unterstützung findet die Politik im hochsubventionierten Kulturbetrieb, der sich ihren auf

links-woke gedrehten Förder-richtlinien mit missionarischem Eifer unterwirft. Harms hat in seinem Vortrag in der Bibliothek des Konservatismus den Mangel seines Buches ausgeglichen und diesen Kontext nachgeliefert (Björn Harms: Der NGO-Komplex – Wie die Politik unser Steuergeld verprasst [1]).

Was der von der herrschenden Politik gekaufte GO-Komplex bewirkt, ist die widerrechtliche Umkehrung des Prinzips der Volkssouveränität, laut Grundgesetz: „Alle Macht geht vom Volke aus“. Der Rechtswissenschaftler Hubertus Gersdorf sagt in einem Interview (Junge Freiheit v. 30.5.25): „Es ist elementarer Bestandteil unserer demokratischverfassungsmäßigen Ordnung, dass der Staat die Willensbildung des Volkes nicht steuert.“ Und fordert uns auf, aktiv zu werden: „Wenn die Politik nichts ändert, ja nichts ändern möchte, weil es ihr um Gewinn und Erhalt von Macht geht, dann ist es die Aufgabe der Bürgergesellschaft, demokratisch aufzustehen, die Gerichte anzurufen und den Staat in seine Schranken zu weisen.“ Eine solche Änderung ist nicht in Sicht.
[1]www.youtube.com/watch?v=7utf_dxVBS8

Tu felix Austria?

Starke Wählerverschiebungen führten 2024 in Österreich erstmals dazu, dass die FPÖ stärkste Partei wurde.

VON EMIL HOFER

Der normale Betrachter geht davon aus, dass die stärkste Partei wohl mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Nicht so in Österreich.

Den dortigen Bundespräsidenten Van der Bellen interessiert der Wille der größten Wählergruppe erst mal nicht und macht klar, dass er eine Regierung ohne diese Partei möchte.

Die Wahlverlierer bekommen von ihm den Auftrag zu Koalitionsverhandlungen.

Da die Vorgängerregierung hohe Budgetdefizite verheimlicht hatte, gestalteten sich diese Verhandlungen so schwierig, dass der Verhandlungsführer und noch im Amt befindliche Karl Nehammer dabei scheiterte und zurücktrat.

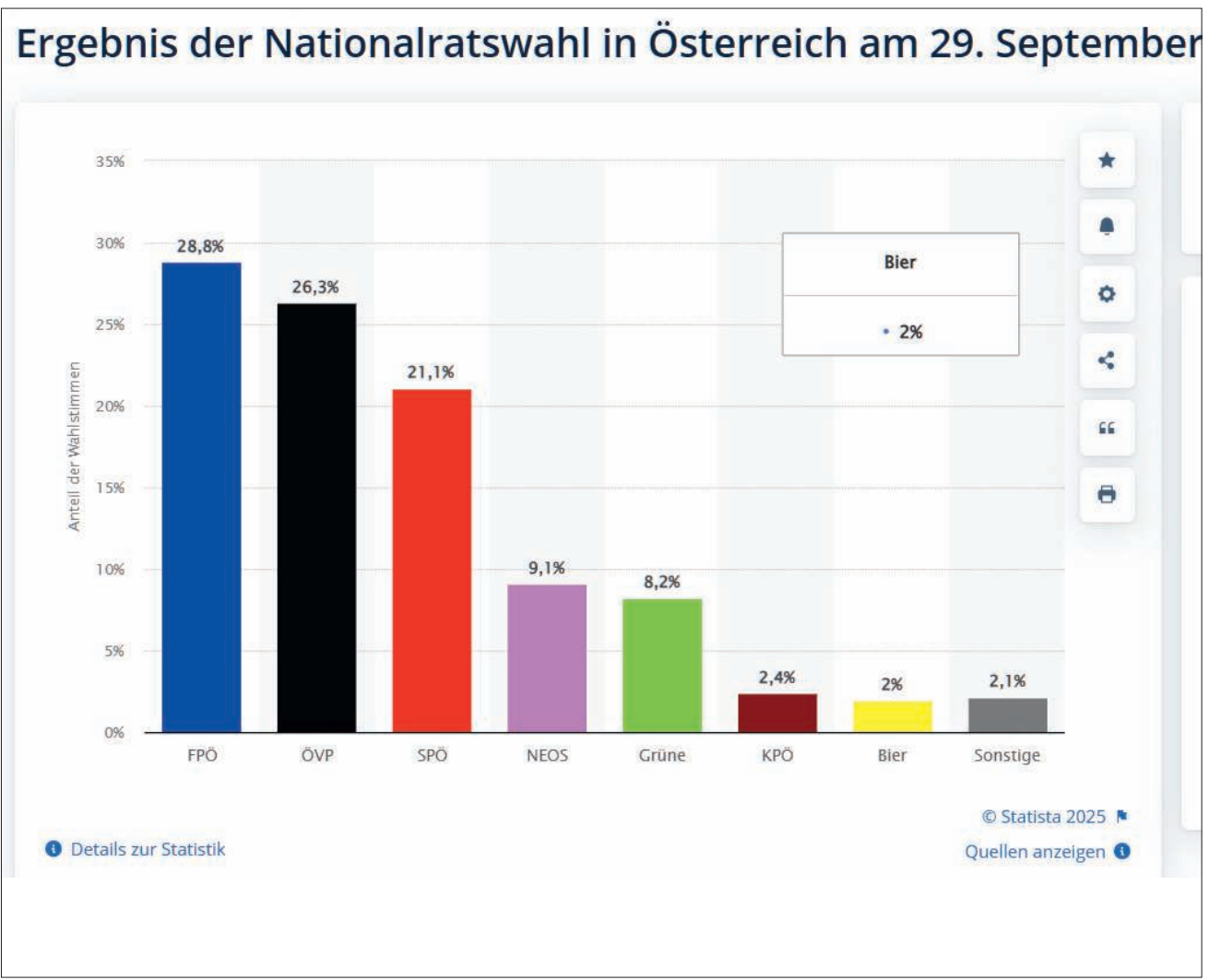
Wohl oder übel blieb dem blamierten Bundespräsidenten keine andere Wahl, als der stärksten Partei, der FPÖ, den Auftrag zu einer Regierungsbildung zu geben. Verhandlungsführer soll ein

ehemaliger Bürgermeister sein, der öfter durch abfällige Bemerkungen über die FPÖ aufgefallen ist, Christian Stocker.

Ganz offensichtlich war das Ziel Stockers, die Verhandlungen scheitern zu lassen. Ganz egal was die FPÖ für sich fordert, man wird das Gleiche für die ÖVP fordern. Im Hintergrund berieten die Interessierten aus der EU Stocker, um zu garantieren, dass bei den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt wird.

Kickl, der Parteichef der FPÖ und Verhandlungsführer, verkündet am Ende auch, dass es besser ist, nicht als mit der ÖVP zu regieren. Nun waren die Strippenzieher wieder am Werk, eine Koalition der Verliererparteien musste her und konsequenterweise gab der Bundespräsident jenen den Regierungsauftrag.

Kein Wunder, dass nach wenigen Tagen der intensiven Gespräche der Erfolg verkündet wurde und den Österreichern eine Regierung der Wahlverlierer vorgesetzt wurde.



Elon Musk - Genie oder Diktator?

Ex-Porsche-Chef Ferdinand Piëch: „Die Ingenieure retten die Welt, nicht die Ideologen“

VON KARIN LUDWIG



Bild von © de.wikipedia.org

Als Elon Musk 2008 seinen Tesla Roadster auf den Markt brachte, katapultierte er sich in die Herzen der Klima-Jünger: endlich ein Elektro-Auto, mit dem man gleichzeitig die richtige Haltung, Wohlstand und Geschmack demonstrieren konnte. Doch als er es 2024 wagte, auf die „dunkle Seite“ - ins Team von Donald Trump - zu wechseln, fiel er in Ungnade. Der „Spiegel“ erklärte ihn im Oktober 2024 zum „Staatsfeind Nummer zwei“, dessen Ziel die „Zersetzung der liberalen Demokratie“ sei.

Heute gehören Tesla-Automobile zu den bevorzugten Opfern (links)radikaler Zerstörungswut. Doch was steckt wirklich hinter dem Mythos Elon Musk? Elon Musk wurde am 28. Juni 1971 in Pretoria, Südafrika, geboren. Er hat zwei jüngere Geschwister: Kimbal (geb. 1972), heute Restaurantbesitzer, und Tosca (geb. 1974), Regisseurin und Filmproduzentin. Das Verhältnis zu seinem Vater, dem Ingenieur

Elon Musk, war von Anfang an konfliktbehaftet, es kam immer wieder zu psychischer Gewalt. Musks Eltern ließen sich 1979 scheiden, seine Mutter Maye arbeitete danach als Model und Ernährungsberaterin.

Die Schulzeit des hochbegabten Elon war schwierig: im Unterricht wirkte er oft geistig abwesend, er hatte Probleme mit sozialen Interaktionen, wurde gemobbt und verprügelt. In seiner Freizeit las er gern Science Fiction oder spielte Rollen- und Strategiespiele. Von seinen Ersparnissen kaufte sich Elon im Alter von 11 Jahren seinen ersten Computer und begann schon bald, selbst zu programmieren. 1984 verkaufte er sein erstes eigenes Videospiel.

Elon Musk begeisterte sich schon früh für Physik und Materialkunde und sah seine Zukunft in den USA. Im Alter von 17 Jahren organisierte er für sich, seine (kanadisch-stämmige) Mutter und seine Geschwister kanadische Pässe, kaufte ein Flugticket und flog - zunächst allein und mit einem Budget von 4.000 Dollar - am 11. Juni 1989 nach Kanada. Dort wohnte er bei Verwandten seiner Mutter zunächst auf einer Farm in Saskatchewan, später in Vancouver.

Nach einigen Monaten siedelten auch Maye und Tosca nach Kanada über und die Familie mietete ein kleines Apartment in Toronto. 1990 begann Elon Musk ein BWL-Studium an der Queen's University in Kingston, Ontario. Schnell gelangweilt, wechselte er 1992 an die University of Pennsylvania. Als Hauptfach

wählte er Physik. Musk wollte ebenso wie sein Vater Ingenieur werden, aber niemals als Angestellter arbeiten, sodass er auch umfassende betriebswirtschaftliche Kenntnisse erwerben musste. Dies war für ihn jedoch nur Mittel zum Zweck, er interessierte sich mehr für Raketen, Elektromobilität und Solarenergie.

Im Sommer 1994 und 1995 arbeitete Elon Musk bei verschiedenen Firmen im Silicon Valley. Nach seinem Abschluss an der University of Pennsylvania schrieb er sich zum Studium der Materialwissenschaften an der Stanford University ein.

Dort ließ er sich direkt beurlauben, um gemeinsam mit seinem Bruder Kimbal seine erste Internet-Firma Global Link Information Network (ab 1996 Zip2) zu gründen. Diese wurde 1999 für 307 Millionen Dollar an Compaq Computer verkauft, davon erhielt Elon 22 und Kimbal 15 Millionen.

Ein normaler Mensch hätte sich damit vielleicht zufrieden gegeben und sein Leben genossen, aber nicht Elon Musk. Sein Ziel bestand darin, dass Leben der Menschen zu verbessern - im Gegensatz zu unseren selbsternannten Weltverbesserern allerdings nicht mit Ideologie, sondern durch Technologie. Also setzte er sein Kapital und seine Energie immer wieder ein, um seinen Lebensraum zu verwirklichen. Zu seinen Projekten gehören X.com/Paypal (1999-2002), SpaceX (2002), Tesla und SolarCity (2004), Hyperloop

(2013-19), OpenAI (2015-18), Neuralink (2016), The Boring Company (2016), Twitter/X (2022) und xAI (2023), die Geschäftsfelder reichen von Internetdiensten über Mobilität, Solarenergie, Künstliche Intelligenz, Neuroimplantate bis hin zu Satelliten und Raketentechnik.

Bei jeder Firma ging Musk aufs Ganze. Er stand mehrfach kurz vor dem finanziellen Ruin oder am Rand des Nervenzusammenbruchs. Er verbrachte seine Nächte in der Firma und forderte auch von seinen Mitarbeitern Höchstleistungen.

Elon Musk ist vermutlich das größte Genie unserer Zeit, aber auch einer der schwierigsten Menschen im beruflichen und persönlichen Umgang. Er war dreimal verheiratet und hat mindestens 13 Kinder, die meisten durch künstliche Befruchtung.

Musk weigerte sich von Anfang an, blind Regeln zu befolgen, die andere aufgestellt hatten. Alles wird in Frage gestellt, geprüft und bei Bedarf verändert. All sein Streben ist ergebnisorientiert und auf Effizienz ausgerichtet, für Empathie und Rücksichtnahme bleibt dabei wenig Raum. Der Erfolg gibt ihm recht, aber er bietet seinen Kritikern zahlreiche Angriffsflächen - ganz besonders seit der Übernahme von Twitter(X) 2022.

In den ersten Monaten nach der Übernahme entließ er etwa 80 Prozent der Angestellten, darunter die meisten Führungskräfte. Dann veröffentlichte er u.a. mit Matt Taibbi und Bari Weiss die

Twitter Files, die die Internetzensur in Zusammenarbeit mit der US-Regierung insbesondere während der Covid-Pandemie offenlegten.

Als er dann auch noch den Wahlkampf von Donald Trump unterstützte, verlor er endgültig seine Fans bei den US-Demokraten - und deren europäischen Anhängern. Zuletzt widmete sich Elon Musk als „Special Government Employee“ der Effizienzsteigerung der US-Regierungsbehörden und der Modernisierung ihrer Technologie.

Auch hier ging er mit der Kettensäge ans Werk, getreu seinem Motto: Wenn du nicht 10 Prozent wieder in Betrieb nehmen musst, hast du nicht genug gestrichen.

Erwartungsgemäß führte das zu massiven Protesten derer, die in der ineffizienten Bürokratie ein bequemes Auskommen gefunden hatten - und derer, die befürchteten, dass der Ruf nach der Kettensäge bis über den Großen Teich dröhnen könnte.

Interessant dabei waren die geistigen Verrenkungen derer, die Musk nun zu einer Bedrohung für Freiheit und Demokratie erklären wollten: Was könnte demokratischer sein, als unnötige Bürokratie abzubauen, Staatsausgaben zu reduzieren und den Bürgern ihre Freiheit und die Verfügungsgewalt über die Früchte ihrer Arbeit zurückzugeben?

Für alle, die mehr über Elon Musk erfahren möchten, empfehle ich die Biographie von Walter Isaacson.

Wo die Bergische Freiheit von Anfang an richtig lag

VON ENZO RAUCH



Die großen politischen Themen der letzten Jahre waren die Corona-Pandemie, der Ukraine-krieg und die deutsche Energiewende.

Bei diesen drei Themen hatte der Mainstream immer eine eindeutige Richtung, und es war immer genau die Richtung der Regierung.

In Sachen Corona-Pandemie hat dieses Blatt schon von Anfang an den Verdacht erwähnt, dass es sich möglicherweise um ein menschengemachtes Hexenwerk handeln könnte. Es gab viele

Belege, die thematisiert wurden, die alle von den Meinungsmachern dementiert und in das Reich der Schwurbeleien verbannt wurden.

Nun, Jahre danach, kommt der BND (Bundesnachrichtendienst) mit der Neuigkeit, dass man schon lange den Verdacht hatte, dass Corona nicht natürlichen Ursprungs sei. Und wo ist der Aufschrei der Medien, wo der Aufschrei der Bürger?

Den gibt es nicht, weil die Bürger schon lange wissen, dass das Leugnen nur ein Rückzugsgefecht der Verantwortlichen ist, um der Verurteilung zu entgehen. Wenn es der BND frühzeitig wusste, dann wussten es auch die Regierenden. Auch der Ukrainekrieg wurde in diesem Blatt zahlreich zum Thema gemacht und lückenlos für den Frieden plädiert.

Auch hier beginnt gerade ein ekelhaftes Rückzugsgefecht, jeder weiß doch, dass der Krieg ohne die Amerikaner zu Ende ist,

und die Europäer unfähig zur Verteidigung sind.

So hetzen jene, die etwas weiter vom Konflikt her entfernt sind und sich in der Vergangenheit besonders schuldig gemacht haben weiter.

Die Franzosen und Briten stoßen ins Kriegshorn und die Deutschen geben klein bei. Es glaubt doch niemand, dass Deutschland auch mit Milliarden an Rüstungsausgaben in kurzer Zeit verteidigungsfähig wird?

Jene, die das beschließen, sind überwiegend Wehrdienstverweigerer, die jetzt die Jugend zum Kriegsdienst rufen wollen. Denen hat man aber über Jahrzehnte Wehrlosigkeit gepredigt, hat Waffenscheine eingezogen, weil man sich vor einem bewaffneten Volk fürchtet, und nun sollen sie plötzlich bewaffnet werden?

Was, wenn sich die bewaffneten Bürger dann nicht gegen den herbeigeredeten Feind in Stellung bringen, sondern gegen die verlogene Regierung?

Das ist offensichtlich bei den Regierenden noch nicht zu Ende gedacht.

Das dritte hochpolitische Thema ist die Energiewende. Auch hier ist dieses Blatt nicht müde geworden, die falschen Grundlagen der Energiewende mit der angeblichen Treibhauswirkung des CO2 zu thematisieren.

Und nicht nur die Grundlagen, sondern auch die consequenterweise falschen Entscheidungen wie eine Wasserstoffwirtschaft, einen „Wärmeplan“ und einen Gebäudeenergiegesetz haben wir kritisiert.

Nun haben jene, die meinen, demnächst das Sagen zu haben,

erst verkündet, das Gebäudeenergiegesetz abzuschaffen, um dann drei Tage danach das Gegenteil zu verkünden, weil die Handwerkerinnung um die guten Geschäfte fürchtet.

Also hat man erkannt, dass es gut für die Regierenden wäre, wenn diese Wählergruppe auch ein Stück vom dem Kuchen abbekommen würde. Und flugs wird das Gegenteil von dem gemacht, was versprochen wurde.

Es gibt noch mehrere Themen, bei denen diese Zeitung richtig lag. Wir werden nicht müde, diese Fehler aufzuzeigen und unseren Lesern zu erklären.

A B O

Sie können die nächsten 4 Ausgaben der Bergischen Freiheit für 25 € automatisch per Post beziehen.

Sie können uns und unsere Arbeit aber auch durch Schaltung von Werbung oder anderweitig unterstützen.

Für weitere Informationen senden Sie Ihre Anfrage bitte an

redaktion@bergische-freiheit.de

Auch freuen wir uns über Ihren Leserbrief an obige Adresse

04 | Gesellschaft

Ost- und Westeuropa, Deutschland und Stand der aktuellen Beziehungen zu Russland

VON I-f-GE e.V.

Dr. Alexander Neu, ehemaliger Ost-Europa-Koordinator der Linksfraktion, und Dr. Harald Weyel, AfD Internationale Beziehungen West- und Osteuropäische Staaten, im Interview mit dem I-f-GE e.V.

Am 16.04.2025 fand ein Interview mit dem stv. Vorsitzenden der Eurasien-Gesellschaft Dr. Alexander Neu und dem AfD-Politiker Dr. Harald Weyel, der für die AfD im Bereich internationale Beziehungen tätig ist, statt. Durch das Gespräch führten Sebastian Weirauch und Iris Plehn vom Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V..

I-f-GE: Wir wollen heute den aktuellen Stand der Ost-West-Beziehungen mit Hilfe Ihrer politischen Expertise näher beleuchten und bitten Sie, Herr Dr. Neu, zunächst einmal die Aufgaben der Eurasien-Gesellschaft zu erläutern.

Dr. Neu: Die Eurasien-Gesellschaft beschäftigt sich seit über drei Jahren überparteilich mit der Erarbeitung wissenschaftlicher Expertisen für die eurasische Region von Portugal über Wladiwostok, bis hin zum Iran, ausgenommen den Nahen Osten, da das einen eigenen Kosmos darstellt.

Wir wollen Wissenschaftlern und anderen Experten, die im Mainstream keine Resonanz finden, einen Kanal geben, sich zu äußern, wie z.B. Herrn Professor Hacke, Politikwissenschaftler aus Bonn, Herrn Kujat u.a.. Wir sehen also unsere zentrale Aufgabe darin, sowohl als Kommunikationsforum zu fungieren als auch selbst Expertise anzubieten.

I-f-GE: Herr Dr. Weyel, wie sehen Ihre West-Ost-Beziehungen vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den USA und Russland und Osteuropa aus?

Dr. Weyel: Ich war in der deutschrussischen Parlamentariergruppe, bis sie 2020 deaktiviert wurde. Ich habe außer Albanien und Rumänien fast alle Balkanländer besucht und habe seit drei Jahren Kontakt zum deutsch-kirgisischen Wirtschaftsrat. Seit fast vier Jahren bin ich Schatzmeister des Vereins VARGA, der sich gegen die Diskriminierung Russland-deutscher und Russischsprachiger einsetzt.

Es gibt übrigens auch amerikanische Stimmen, die mal eine Gegenposition einnehmen, wie z.B. Professor Mersheimer oder Jeffrey Sachs, der sich darüber gewundert hat, dass die Polen schon vor 1989 großzügige Kredite bekamen und die Russen in den 1990ern eben nicht, was für die Position Russlands eine Schwächung bedeutete.

Es findet aktuell eine Gegengewichtung statt, wobei die Amerikaner hier das Hauptgewicht darstellen. Und jetzt haben wir die Situation, dass die Amerikaner die Entwicklungshilfe und den Ukraine-konflikt etc. anders bewerten und beenden wollen, die Deutschen und Eu-ropa aber die ehemalige amerikanische Position einnehmen wollen.

Und die alternativen Kräfte unterstützen nun die aktuelle amerikanische Position, während die amtierenden politischen Mainstream-Kräfte in Europa das Gegenteil anstreben, was eine unselige Entwicklung darstellt, die man so nicht hätte voraussehen können.

I-f-GE: Herr Dr. Neu, was erleben Sie im Kontakt mit den Menschen aus Osteuropa? Wie erleben sie den beschriebenen Wandel? Gibt es einen Unterschied im Weltbild der Menschen in Ost und West?

Dr. Neu: Osteuropa ist kein homogener Raum. Kulturell ist er weitgehend homogen, aber nicht in der politischen Ausrichtung. Schauen wir ins Baltikum oder nach Polen, dann haben wir eine sehr starke antirussische Position bis tief in die Gesellschaft hinein.

Das ist natürlich auch gewollt. So ist das Verhältnis z.B. zwischen Esten und Russen seit 2004 mit dem Beitritt Estlands zur EU massiv in den Keller gegangen, bis zu dieser Zeit war das Verhältnis in Ordnung, wie mir einst eine estnische Abgeordnete darlegte. Und die EU unterstützt dies noch. In Ungarn oder in der Slowakei gibt es eine andere gesellschaftliche Positionierung, die eine Aufgeschlossenheit für eine friedliche Koexistenz mit Russland zeigt. Das zeigt eindrücklich, wie sehr Medien und die politisch Herrschenden das jeweilige nationale Meinungsbild in der Gesellschaft prägen können.

Das Meinungsbild in Osteuropa ist also nicht homogen. Das Russland ablehnende Meinungsbild in der NATO und einigen osteuropäischen Ländern demonstriert auch, dass diese nicht verstehen wollen, dass es sinnvoller ist, mit einem so großen Nachbarn wie Russland, besser eine friedliche Koexistenz zu gestalten als Spannungen zu pflegen. Viele Jahre der politisch-medialen Indoktrination der Gesellschaft zeitigen irgendwann ein Resultat.

I-f-GE: Einiges davon hat sicherlich mit dem Verhalten der Sowjetunion zu tun, das die betroffenen Bevölkerungen auch nicht vergessen können, aber man kann das auch mit aktueller Indoktrination beschreiben. Da gebe ich Ihnen recht. Da kommen wir dann schon zu

der russischen Sonderrolle als Feindbild Nummer Eins in der westlichen Welt, was ja vor gut 30 Jahren schon einmal ganz anders war. Herr Dr. Weyel, welche Rolle sollte vor diesem Hintergrund der Westen und Europa einnehmen, wenn überhaupt ein solches Feindbild gerechtfertigt ist?

Dr. Weyel: Es sollte klar sein, dass Russland, zum Teil geografisch, geistesgeschichtlich und kulturell zu Europa gehört.

Aber die Normalisierung in den Beziehungen zu Russland in den 90er Jahren ist ja größtenteils verraten worden. Man kann sagen, dass die NATO ihre Existenzberechtigung erneut aus dem „Feindbild zu Russland“ bezieht. Offiziell hat man so getan, als ob der Kalte Krieg zu Ende sei, aber man hat ziemlich nahtlos einfach weitergemacht.

Das wurde nach „9/11“ (2001) ergänzt durch den „War of Terror“ in Afghanistan, wo die NATO ja logistisch von Russland sogar gestützt wurde. Man sieht also, dass bewusst medial Feindbilder aufrecht erhalten werden. Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert, die einsehen und einfordern muss, dass eine Kooperation in Richtung Frieden erfolgen sollte.

In Zeiten des (alten) Kalten Krieges herrschte offenbar weit mehr Vernunft und Einsicht als heutzutage, das ist verrückt. Das System muss sich ansonsten eben selbst den Stecker ziehen. Wirtschaftlich und kulturell ist es besser, eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten anzustreben, als weiter unsinnig Krieg zu führen. Es sollte ein Zum-Teufel-Jagen der Kriegshetzer erfolgen.

Dr. Neu: Ich möchte gerne noch etwas ergänzen. Ich sehe die Situation Anfang der 90er Jahre anders, als dass der Kalte Krieg vorbei war. Wenn wir zurückblicken, sehen wir das europäische Mächtekonzept im 18. Und 19. Jahrhundert, wo Russland unstrittig einer der großen europäischen Player gewesen ist und sich in wechselnden Allianzen mit den anderen europäischen Großmächten bewegte. Was wir mit 1917 bis in die Gegenwart sehen, ist eine dezidierte Ausgrenzung Moskaus aus Europa zu einem Zeitpunkt, als die USA in die Weltpolitik eingetreten sind.

Seitdem ist Russland bzw. Moskau kein normaler europäischer Spieler mehr, sondern Russland wird außen vorgehalten. Seit 1917 wurde mit Russland ein Feindbild geschaffen, das bis 1990 anhielt. Deswegen ist der Kalte Krieg auch nicht erst 1947 entstanden, sondern bereits mit 1917. Seit 1990 hat der westliche Umgang mit Russland gezeigt, dass man Russland nie wirklich

als gleichberechtigten Partner betrachtet hat, sondern immer mit der Maßgabe „Russland spurt oder es werden Instrumente gezeigt“.

Unter Jelzin hatten Washington und die EU ein relativ leichtes Spiel, dennoch wurde die Distanz zu Russland aufrecht erhalten und die wortbrüchige NATO-Osterweiterung zeigt die Provokation des Westens gegenüber Russland. Daher hat es nie ein Ende der West-Ost-Konfrontation gegeben.

I-f-GE: Der Gipfel des Außen-Vorhaltes Russland zeigt sich auch in dem Interview zwischen Tucker Carlson und Wladimir Putin, als Putin daran erinnerte, dass Bill Clinton bzw. die USA Russland auch nicht in die NATO aufnehmen wollten.

Eine Nachfrage: Was irritiert hat, ist der relativ schnelle Beitritt Finnlands in die NATO, als eine langjährige Neutralität aufgegeben wurde. Das zeigt doch, dass bei den politischen Eliten gewisse Ziele verfolgt werden, die nicht die Bedürfnisse der Bevölkerungen berücksichtigen, sondern eher die Interessen der Eliten.

Ist das die einzige Ursache für diese Entwicklungen oder gibt es auch mentale Gestimmtheiten der Völker, die für konträre Haltungen gegenüber Russland verantwortlich sind?

Wenn es nur die Eliten wären, sollte eine rasche Befriedung bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen möglich sein.

Dr. Neu: Natürlich hat jede Gesellschaft ihre eigene Mentalität, die zu den Nachbarn relativ ähnlich ist.

Ich glaube schon, dass es vorwiegend ein Produkt der Eliten ist, vor allem die wirtschaftlichen Eliten und der Massenmedien.

Allein in Deutschland haben die Menschen im Osten ein anderes Russlandbild, weil sie andere, auch freundschaftliche Erfahrungen mit Russen gemacht hatten, wo hingegen im Westen das Russlandfeindbild über viele Jahrzehnte hochgehalten wurde.

Man kann also schon eine Gesellschaft sehr stark durch die Eliten und Medien prägen. In Polen oder im Baltikum gibt es sicherlich auch Menschen, die ein positives Russlandbild haben, aber sie haben nicht die Deutungshoheit und dringen somit nicht in der Gesellschaft durch. Hinzu kommt die Angst vor sozialer Ausgrenzung, wenn sie sich im Freundes- oder Familienkreis äußern.

Deshalb schweigt man dann lieber, entsprechend einer

Schweigespirale. Wir haben auch das aktuelle Beispiel der USA. Nie wurde an den USA Kritik geäußert, was auch immer in deren Namen geschehen ist. Nun ist eine andere Regierung an der Macht und in Deutschland betrachtet man die USA heute sogar als potentiellen Gegner.

Das wird von den Medien in die Gesellschaft hineingespeist. Die Menschen haben nicht die Zeit, sich jeden Tag mit den Widersprüchen der aktuellen Politik auseinander zu setzen.

Sie konsumieren Medien, was irgendwann ihr Denken prägt. Würde man anders berichten, würde auch die Politik anders ticken. Niemand in der Gesellschaft möchte wirklich einen Krieg mit Russland.

Das würde den Einsatz von nuklearen Sprengköpfen bedeuten und jeder wäre betroffen. Dennoch gehen die Masse nicht auf die Straße, weil sie soziale Ausgrenzung und Repressalien befürchten.

Dr. Weyel: Ich würde gerne noch etwas ergänzen in Bezug auf die Finnland-Schweden-NATO-Beitrittsgeschichte.

Tatsächlich waren die Bevölkerungen mit 70 % gegen diese Beitritte, aber man hat das einfach so durchgezogen, weil die Rüstungswirtschaft auf Profite hofft. Auch zwischen Deutschland und Russland gibt es mehr historische Phasen der konstruktiven Zusammenarbeit, aber Rüstungsinteressen zeigen nun ein anderes Bild.

I-f-GE: Herr Dr. Neu, wartet man in Moskau vielleicht darauf, dass die Deutschen wieder normal ticken?

Dr. Neu: Ich denke schon, dass man in Moskau wieder gern gute Beziehungen zu Deutschland hätte. Deutschland war bis vor einigen Jahren in den Augen Moskaus der besondere, der andere Westen, mit dem man immer mal wieder reden und gute Geschäfte machen konnte. Gerade in Russland herrscht nun eine besondere Enttäuschung vor.

Die Russen haben den Deutschen die Wiedervereinigung ermöglicht und sich kampfflos aus Osteuropa zurückgezogen. Und nun steht Deutschland an der Spitze derer, die sich jetzt gegen Russland wenden. Deutschland treibt die NATO-Osterweiterung selbst mit voran.

Das alles hat dazu beigetragen, dass in Russland auch eine gesellschaftliche Verhärtung mit einer antiwestlichen und antideutschen Propaganda entstanden ist.

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung: "Ost- und Westeuropa, Deutschland und Stand der aktuellen Beziehungen zu Russland"

I-f-GE: Gibt es denn wirtschaftliche oder kulturelle Bereiche, in denen sich wieder eine deutschrussische Zusammenarbeit anbahnen könnte?

Dr. Weyel: Die Städtepartnerschaften wären so ein Beispiel, bei dem sich die Menschen, also keine NGOs oder politischen Gremien, direkt zu wirtschaftlichen oder kulturellen Kooperationen treffen könnten. Die Microebene sollte hier angesprochen werden.

I-f-GE: Wie sieht es auch mit dem Deutsch-russischen Formung oder dem St. Petersburger-Dialog oder den deutsch-russischen Wirtschaftstagen? Existieren sie noch? Lassen sich diese Formate wieder beleben?

Dr. Neu: Ich war dort jeweils Teilnehmer. Die Gelder für das Deutsch-Russische-Forum wurden seit 2022 gestrichen und es führt ein Nischen-Dasein. Es gibt noch Spenden aus der Privatwirtschaft. Im Hinblick auf den Petersburger-Dialog finden Treffen statt, aber ohne die Deutschen. Er richtet sich ohne Deutschland und Westeuropa nach Asien aus. Treffen finden nicht mehr statt, was schade ist, weil man einfach miteinander geredet hatte. Bezüglich der Städtepartnerschaften sehe ich es auch so, aber sie haben sich als Schönwetter-Partnerschaften herausgestellt, da sie in dem Moment faktisch beendet wurden, als der politische Wind sich gegen Russland drehte. Somit ist der eigentliche Sinn der Städtepartnerschaften als Kommunikationskanal gerade in Krisenzeiten verloren gegangen.

I-f-GE: Es gibt also zusammenfassend gesehen keine fundamentalen Probleme, sondern eher strategische Absichten der Eliten zwischen West und Ost. Das ist gegen die Interessen der normalen Menschen, die in Frieden leben wollen. Was ist das dahinter liegende Ziel einer solchen Konfrontation Herr Dr. Weyel?

Dr. Weyel: Das sind die verschleierten Lobby-Interessen vom militärisch-industriellen Komplex in den USA und in der EU. Sie haben ihre eigenen Interessen. Diese kann man nicht wirklich brechen und diese muss man loslösen von den Mehrheitsbevölkerungen. Es braucht eine Abrechnung mit den Eliten und ein Zurückfahren dieser Entwicklungen. Es muss eine andere Politik erfolgen. Vieles läuft auch über Zentralasien, wo man versucht, es vom „bösen“ Russland loszueisen. Dorthin hat sich Russland durch die Boykott-Politik orientiert. Man verweigert der Ukraine wie Zentralasien eine Neutralitätspolitik. Die künftige europäische Russlandpolitik muss die Neutralität der Ukraine und von Zentralasien anstreben und berücksichtigen. Das ist m.E. der einzige Weg aus der Politik der Rüstungslobby und der Vorteilsnahme herauszukommen. Das ist eminent wichtig, unabhängig davon, was die USA mit Taiwan und China verfolgen.

Dr. Neu: Ich hatte ja zu Beginn der Runde deutlich gemacht, dass der Kalte Krieg mit dem Feindbild Russlands mit 1917 und der Oktoberrevolution begonnen hat. In der gesamten Sowjetunion gab es viele Millionen Opfer des Stalinismus. Die Menschen in Russland haben sich vom sowjetischen Staatskommunismus ebenso befreit, wie die Menschen in den anderen Sowjetrepubliken und Osteuropa. Viele Menschen konnten sich nach den unruhigen 1990er Jahren der Jelzin-Ära ab den 2000er Jahren materiellen Wohlstand aufbauen. Dennoch wurde Russland als Dauerfeind auf Distanz gehalten. Für Deutschland wäre es nun wichtig, ein System der Partnerschaft zu Russland aufzubauen, indem man sagt, dass wir vielleicht nicht mehr die besten Freunde werden, aber wir verfolgen dennoch bilaterale wirtschaftliche Interessen. Die Interessen dürfen allerdings nicht übergriffig formuliert werden. Es müssen russische und deutsche Sicherheitsinteressen formuliert werden, wobei die Ukraine sicherlich ein wunder Punkt ist. Der Westen hat 2013/2014 einen Fehler gemacht. Die Ukraine ist aufgrund ihrer Größe nicht in der Lage, dem Wunsch des Westens nach Ausgrenzung Russlands nachzukommen. Der Westen der Ukraine ist anders als der Osten. Wir brauchen eine Partnerschaft der friedlichen Koexistenz und keine Ausgrenzungspolitik. Das ist leider bei uns noch nicht angekommen. Wir leben immer noch in der transatlantischen Welt, obwohl uns die transatlantische Führungsnation abhanden gekommen ist. Dennoch lebt man in der EU, Paris, London und Berlin in diesen transatlantischen Strukturen und Denkkategorien. Die Zeit läuft uns aber davon. Die Welt verändert sich immer schneller.

I-f-GE: Was ist das Ziel dieser Eliten, diesen Konflikt zu schüren? Was ist das Ergebnis der Fragen, die wir angesprochen haben, vor dem Hintergrund der Arbeit der KSZE und der OSZE, wobei die Eliten deren Arbeit ja nicht mehr wollen? Welche Chance der Entspannung dieses Konflikts gibt es?

Dr. Neu: Die westlichen Eliten verfolgen wirtschaftliche Ziele, aber es gibt auch eine ideologische Komponente: Die transatlantische Orientierung. Sie geht einher mit einer Überlegenheitsphilosophie des Westens, der seiner Meinung nach die Spitze der zivilisatorischen Entwicklung darstellt. Man hat sich nach uns zu richten. Viele Länder der Welt wollen sich aber nicht danach richten, sondern haben ihre eigenen Maßstäbe. Der Westen will das aber nicht akzeptieren. KZSE und OSZE: Der Ansatz in Paris 1991 war ein sehr guter in Richtung kollektive Sicherheit, aber der Westen hat dafür gesorgt, dass die OSZE zu einem Wahlbeobachtungsverein verkommt. Somit hat diese Organisation keine sicherheitspolitische Relevanz mehr. Das wird sich m.E. nach auch nicht mehr so schnell wiederbeleben lassen.

Was die Wirtschaft anbelangt ist es so, dass hier auch nicht so schnell seitens deutscher Firmen umgesteuert werden kann, da viele Russland verlassen haben und Russland sich im asiatischen Wirtschaftsraum engagiert und Kooperationen eingegangen ist. Europa hat einen riesigen Wirtschaftsraum verlassen, den es in absehbarer Zeit so nicht wieder zurückgewinnen kann. Das ist selbst verschuldet.

I-f-GE: Was ist die Option der OSZE, eine staatliche Handlungsfähigkeit wieder herzustellen, vor dem Hintergrund, dass die EU nicht will?

Dr. Neu: Große Katastrophen – der Krieg in Europa - bieten große Möglichkeiten der Veränderung. Doch derzeit gibt es noch keinen Willen, gemeinsam einen Neuanfang wieder herzustellen. Es müsste nach dieser Theorie die Katastrophe noch größer werden. Jedoch kann man sich im Nuklearzeitalter keine größere Katastrophe wünschen. Ich bin ehrlich gesagt ratlos.

Dr. Weyel: Der Hyperinternationalismus (à la EU / UN / NATO) hat seine Grenzen erreicht. Schrille ukrainische Forderungen wie „die Russen aus der UNO schmeißen“ entblödet man sich nicht sogar halboffiziös zu äußern; damit hat das Ganze ein Niveau erreicht, das man wohl eher vergessen kann. In den 90er Jahren gab es in den USA journalistische Forderungen zum Down-size-Government (ansatzweise schon unter Reagan erfolgt), d.h. den Regierungsapparat gehörig zu verkleinern und nicht etwa weiter aufzublähen. Letzteres verdankt sich eigentlich primär: dem I. und II. Weltkrieg, dem u.U. eben immer noch andauernden Kalten Krieg, was noch durch die sogenannte Klimakrise ergänzt wurde. Das Down-size-Government ist spätestens nach „9/11“ völlig aus dem Blick geraten. Das Ausmaß von Politik und Verwaltung, zusammen mit den Lobby-Gruppen und finsternen Agenten muss runtergefahren werden. Das war ja letztlich auch schon das Verhängnis der UdSSR. Die Produktivitätszuwachse haben dieses Wuchern möglich gemacht: Wir brauchen immer weniger Menschen in der Landwirtschaft und in der Industrie. Die Menschen sind auf Konsum orientiert. Auch die Menschen, die nicht arbeiten, erhalten Geld zur Teilhabe am Konsum. Dafür war man bereit, den Staat immer weiter auszubauen. Auch nach dem Ende der kommunistischen Ideologie hat man versucht, die Menschen mit Konsum zu beglücken. Die Menschen auch in den kleinen Staaten müssen in einem ersten Schritt genau hingucken, wie viel Staat sie sich erlauben wollen, dass er für und über sie entscheidet. In einem zweiten Schritt muss man sehen, ob es sinnvoll ist, sich mit den ganzen dysfunktionalen Staaten (also EU etc.) überhaupt zusammentun zu wollen. Das kann es auch nicht sein. Drittens hat die aggressive NATO-Politik der letzten Jahre dazu geführt, dass die Altlasten des russischen Staatswesens nicht wirklich aufgelöst und abgebaut worden sind. Das Runterfahren des russischen Sicherheitsapparates etc. ist nicht wirklich erfolgt. Man könnte durchaus sagen, wir haben den Russen die Ausreden dafür auf dem Silbertablett präsentiert – durch eine keinesfalls wohl nur gefühlte Ausgrenzung und Einkreisung. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, sie auf unser „Dekadenz-Niveau“ herauf- oder herunterziehen. Stattdessen hat man manche Geister der Vergangenheit wiederbelebt. Und zur Einkreisung: siehe die Äußerungen von Mersheimer, Sachs, Colonel Macgregor oder General Kujat etc.. Das hat alles damit zu tun, dass es den „Tiefen Staat“ wohl nicht nur im Westen, sondern auch im Osten gab und gibt, der eben nicht ausgetrocknet, sondern durch westliche idiotische Politik revitalisiert wurde. Das alles muss überall runtergefahren werden im Sinne des Down-size-Government.

I-f-GE: Wie soll das vor dem Hintergrund der nur beschränkt vorhandenen Einflussmöglichkeiten der aktuellen Politiker gelingen?

Dr. Neu: Ich glaube, die Strategie gibt es nicht wegen der unterschiedlichen Größenverhältnisse der Gesellschaften. Es gibt einzelne Maßnahmen, sei es, dass man sich alternative Medien anschaut, nicht nur die Mainstream-Medien. Man kann Leserbriefe schreiben, auf die Straße gehen, darauf achten, dass in den Schulen keine Ideologisierung stattfindet. Es gibt viele kleine Instrumente in der Gesellschaft, um ein Umdenken zu bewirken. Wir haben international und auch national in Deutschland ein Interregnum von einer Epoche in eine andere. Es gibt aktuell keine wirkliche politische Stabilität von Schwarz-Rot oder Rot-Schwarz.

Da ist etwas zusammengenagelt als Regierung, wo die AfD im Nacken sitzt. Wir haben innenpolitisch und wirtschaftlich eine sehr schwierige Situation. Hier kann ein Wandel stattfinden, aber der muss von den Menschen kommen. Sie müssen entdecken, dass sie in der Masse etwas politisch bewirken können, nicht auf das Sofa legen und das die Eliten machen lassen. Die größten Umsetzungschancen aus Sicht der Eliten hat man immer dann, wenn die Gesellschaft schweigt und die Eliten machen lassen. In der deutschen Gesellschaft sehe ich nicht die politische Unruhe, die sich auf die Gesellschaft auswirken könnte. Vielleicht braucht man noch etwas Zeit. Wer weiß, was passiert, wenn Merz tatsächlich Taurus liefert und die Russen reagieren? Dann haben wir schnell die Situation, in der es Proteste gibt und die Menschen Neuwahlen wollen. Es gibt aber jetzt nicht die Strategie, wie man die Eliten von ihren Positionen wegbekommen kann, sondern viele kleine Schritte.

I-f-GE: Vielen Dank Herr Dr. Neu und Herr Dr. Weyel für Ihre Zeit und Expertisen. Wir hoffen, dass sich die Menschen alternativ informieren, dass sich die Politik dadurch verändert, und die Länder wieder friedlich miteinander auf allen Ebenen der Gesellschaft kooperieren.

Besuchen Sie uns auch auf Instagram oder Tiktok!





Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 12:

U

H

U

N

T

E

d

V

I

S

L

I

V

E

R

100 Tage bis zum Untergang?

VON CRISTINA EULER

100 Tage bis zum Untergang? Nein, es geht hier nicht um unsere neue Regierungs-koalition... Mit diesen Worten betitelten „Die Toten Hosen“ einen Song aus dem Jahre 2002, der sich mit möglichen Reaktionen auf eine plötzlich begrenzte Lebenszeit befaßt, verursacht durch einen „Untergang“.

Seit ein paar Jahren ist diese Möglichkeit einer nahenden Endzeit besonders für alle Einwohner Europas deutlich näher gerückt, sowohl in den täglich lauthals ausgemalten Hiobsbotschaften zweifelhafter Wahrheit der Mainstream-medien als auch in den wenig beachteten tatsächlichen Veränderungen in unserer Umwelt, die mehr und mehr Anlaß zur Sorge geben.

Bekannt und öffentlich verbreitet werden die üblichen Schreckens-szenarien wie weltweite Seuchen und Pandemien, (Welt-)kriege, Klimakatastrophen und natürlich die sogenannte rechte Gewalt. Gemeinsam ist all diesen Begriffen, daß sie mit beliebigen Inhalten nach Gutdünken gefüllt werden können, weil es keine eindeutige Definition dafür gibt,

sodaß jeder Politiker sich dieser Wortungetüme nach Herzens-lust bedienen kann. Die Zwecke sind vielfältig und wechseln nach Bedarf, von Angstmacherei und Unterdrückung unliebsamer Meinungen über Machtmißbrauch bis hin zur dauerhaften Gängelung der Bürger bis tief in ihr intimstes Privatleben. Man erinnere sich an die Werbung zu ausreichend kurzem Duschen, möglichst kalt, und Herabregeln der Heizung auf Zitterniveau, nicht zu vergessen die Empfehlung doch mehr kalte Speisen zu konsumieren, um Strom beim Kochen zu sparen!

Fernab dieser Medienbeschallung lauern die wirklich besorgniserregenden Veränderungen: es gibt immer weniger Insekten, was beim Autofahren mit sauberer Frontscheibe natürlich sehr angenehm sein kann, und die vorhandenen scheinen teilweise bereits geschädigt zu sein. Beispielsweise bewegen sich die Schnecken im Garten beim Einsammeln kaum noch, früher waren die deutlich aktiver, ebenso Wespen, die ich mittels Insektenfänger von der Fensterscheibe klaube und nach draußen trage. Da frage ich mich

natürlich was mit den Tieren geschieht, die sie üblicherweise verspeisen – wie geht es denen danach? Denn wenn die Insekten sterben, sind Vögel und Kleintiere in Wald und Feld die nächsten – und danach die größeren Pelztiere und Räuber im Umland. Wer stoppt diesen Wahnsinn mit Windrädern, die Vögel und Fledermäuse schreddern, ganze Wälder dem Untergang weihen, die natürlichen Windströme ausbremsen und ungeahnte Wetterveränderungen hervor-rufen – und nach Ablauf der Nutzungszeit tonnenweise Gift-müll hinterlassen, der derzeit nicht adäquat entsorgt werden kann?

Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen, mit Viren, die im Labor vorsätzlich gezüchtet und verbreitet werden, um die Pharmaindustrie anzukurbeln, mit genmanipulierten Mücken, die sich unkontrolliert verbreiten, mit Messergewalt auf Deutschlands Straßen und Plätzen, die es früher nie gegeben hat und deren Ursache weiter totgeschwiegen wird, mit genmanipuliertem Saatgut, Insekten in Lebensmitteln, Wettermanipulation... und...

und... und... Eine Schädigung der Umwelt schädigt letztendlich auch den Menschen, das natürliche Leben wird mehr und mehr in ein künstliches verwandelt: künstliches Licht, Kunstfleisch aus dem Labor, Salat aus vertikalen Zuchten, erzeugt im Reagenzglas, der Rest wird mit Unkrautvernichtungsmitteln erledigt und mit Chemikalien und Mikroplastik, die in jedem Wasserlauf zu finden sind. Was also tun? Für die Gemeinschaft kann man versuchen sich zu organisieren, demonstrieren, Petitionen unterschreiben, die Bauern stärken durch Hofläden, eigene Organisationsstrukturen gründen, grundsätzlich mit Bargeld zahlen und vieles mehr.

Auch wenn man oft den Eindruck hat, daß es sowieso nichts nutzt: wir sind viele! Wenn jeder Einwohner Deutschlands sich im Kleinen gegen die Regierungs-manipulation wehrt und seine Gewohnheiten nicht den digi-talen Erwartungen von Regie-rung und EU anpaßt (Stichwort digitaler Euro, elektronische Patientenakte, persönliche digi-tale ID, GEZ-Gebühren...) kann das auf Dauer schon etwas

bewirken. Es mag gelegentlich mühsam sein, fast als liebe man wie Don Quichotte gegen Windmühlenflügel an, aber nutzlos ist es nicht, sofern sich genug Menschen dazu aufraffen können und aus dem Gefühl der Sinnlosigkeit erwa-chen. Für mich selbst kann ich auch etwas tun: im Lied der Toten Hosen heißt es weiter „wär´ Dein letzter Spruch ein Witz oder ein Gebet?“ Ein Gebet ist die direkte Verbindung zu Gott. Mit ihm kann ich über alles reden und mich gerade in Phasen, in denen ich nicht weiterweiß, auffangen und trösten lassen. Auch ich weiß nicht, wie mein Lebensweg weiter verläuft, egal ob eine Katastrophe eintreten wird oder nicht. Aber ich bin gewiß, daß ich jederzeit in Gottes Liebe gebor-gen sein werde. Er hat mich erschaffen und wird mich nicht verlassen, in guten und in schlechten Zeiten.

„Denn ich bin gewiß, daß weder Tod noch Leben, weder Engel noch Fürstentümer noch Gewal-ten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch keine andere Kreatur mag uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Christo Jesu ist, unserm Herrn“ Römer 8, 38-39

Die CDU verbrüdert sich mit der SED

VON EMIL HOFER



Foto © Dr. Frank Gaeth auf commons.wikimedia.org

Der CDU-Geschäftsführer und Bundestagsabgeordnete

Thorsten Frei hat anlässlich der Wahl des Nicht-Alterspräsi-denten Gysi von der früheren SED eine bemerkenswert offene Rede gehalten und den wahren Standort der CDU beschrieben.

Er sei „einer von uns“ meinte er, also einer von der CDU, nicht von uns freien Bürgern, also einer von „denen“. Er glaube, dass er der Richtige sei, mit ent-sprechender Erfahrung.

Noch nie hat die CDU in solcher Klarheit die Kartellbildung mit der SED-Nachfolgepartei offen gezeigt. Es ist wahr, die CDU verbindet Vieles mit Gysi. Konnte

doch seine finstere Stasi-Vergangenheit trotz vieler Bemühungen nicht aufgeklärt werden, weil die Dokumente eben verschwunden waren, so wie es auch bei der CDU-Verteidigungsministerin Von der Leyen war, als es eng um ihre Machenschaften mit Beraterauf-trägen an die Firma, in der ihr Sohn tätig war, wurde.

Die CDU sorgte mit der SPD auch dafür, dass jede Fraktion einen Altersvizepräsidenten bekom-men sollte, also auch die SED, um dann, als Wilhelm von Gottberg, ein AfD-Mitglied, der älteste war, flugs die Geschäftsordnung zu

ändern. Sodann war der „Dienstälteste“ der Alterspräsi-dent, und Schäuble setzte sich auf den Thron.

Die Aussage Gysis „Wir sollten in überparteilichen Gremien offen, ehrlich und ohne Öffentlichkeit bestimmte Fragen erörtern und im Falle von Ergebnissen diese dann der Öffentlichkeit vorstel-len“ passt zu der CDU, die Koalitions-verhandlungen führt und gleichzeitig verhindert, dass der Bundestag darüber die Öffentlichkeit informieren kann, indem einfach keine Sitzungen anberaumt werden. Da meint man schon, die CDU

habe Gysi zu Rate gezogen. In der Legislaturperiode 1994 bis 1998 haben Gysi und dessen Kumpanen vor dem Untersu-chungsausschuss „Verschwunde-nes DDR-Vermögen“ mit identischen Erklärungen jegliche Aussage verweigert. Bis heute ist nicht klar, wohin die 24 Milliarden D-Mark verschwun-den sind. Später hat sich Helmut Kohl ebenfalls dieser Methode bedient, die er offensichtlich von der SED gelernt hat.

Die Union hat sich also nun eingereiht in die links-grünen Altparteien, und es stimmt, Gysi ist einer von denen.

Kein Bock auf Arbeit

VON JOHN KERRY

Eine Meinungsumfrage des Forschungsinstitutes Gallup ergab, dass 78% der deutschen Arbeiterschaft nur mehr „Dienst nach Vorschrift“ machen.

Die gesellschaftlichen Kosten dieser „inneren Kündigung“ werden auf jährlich bis zu 135 Milliarden Euro geschätzt. Nur noch 21% der Beschäftigten trauen ihren Führungskräften.

Das bedeutet, dass 79% meinen, die Führungskräfte würden nicht die Interessen des Unter-nehmens und der Mitarbeiter vertreten. Das sind typische Werte für eine sozialistische

Gesellschaft, in der Leistung zwar gefordert, aber letztendlich nicht geschätzt wird. Eine sozia-listische Gesellschaft fördert auch nicht die Leistungsträger, denn die stehen im Verdacht, nicht für den Staat zu arbeiten, sondern für das eigene Fortkommen und möglicherweise noch für eine Karriere. Viel geschätzter sind daher jene, die am unteren Ende der Einkommenskala liegen, vom Staat noch Zubrot fordern und mit einem zwar kleinen, aber leistungslosen Einkommen zufrieden sind. Auch die Großunternehmen

sehen heutzutage keine gesellschaftliche Verpflichtung, hire and fire demotiviert den Nachwuchs, Ausbildung kostet nur Geld, da fordert man lieber sogenannte Fachkräfte aus dem Ausland, die mit einem geringen Einkommen zufrieden sein müssen. Geht das schief und Unternehmensteile rutschen in die Verluste, dann sucht man schnell einen neuen Standort mit Steuervorteilen und Investitions-zuschüssen.

BASF macht es vor, andere kommen nach.

Wie sagt man? „Der Fleißige ist

der Dumme“. Derweil schwär-men die Sozis von der Work-live-Balance, eine Glorifizierung der Faulheit, um noch mehr Abhängigkeit vom Staat zu fördern.

Die Sozialisten wollen bei den derzeitigen Koalitionsverhand-lungen Steuererleichterungen nur für die untersten Einkom-mensgruppen und senden das Signal, nur nicht fleißig sein, das wird gnadenlos besteuert.

Nun wird das Geld für den Sozialismus knapp und da hilft ein lupenreiner Karrierist mit dem Ende der Schuldenbremse,

sodass neben dem Geld der Steuerzahler auch noch die Zukunft der Kinder und Enkel-kindern verfrühstückt wird. All das ist widernatürlich, eine erfolgreiche Gesellschaft lebt vom Leistungswillen der Bürger.

Es wird spannend, wann den Bürgern auffallen wird, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Die Zinsen werden steigen, Kapital-beschaffung wird für junge Arbeitnehmer zusehends schwierig. Ein Eigenheim rückt in weite Ferne, also lebt man zur Miete, die ständig steigt. Bis den Bürgern der Kragen platzt. DDR 2.0

Die COVID-Pandemie - nichts als Lügen

VON DR. CHRISTINE MÜLLER

Am 20. Januar 2020 wurde die erste Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus in Deutschland festgestellt. Am 10. März wurden Großveranstaltungen ab 1.000 Teilnehmern abgesagt, am 22. März folgten weitere massive Einschränkungen im öffentlichen Leben, ab 29. April galt eine Maskenpflicht, es folgten Reisebeschränkungen, Test- und Quarantänepflichten. Im Dezember 2020 erhielt der mRNA-Impfstoff Comirnaty (BioNTech/Pfizer) als erster COVID-19-Impfstoff die bedingte Marktzulassung. Einige Monate später gab es zahlreiche Beschränkungen für Ungeimpfte im öffentlichen Leben (2G/3G-Regeln). Ab 24. November 2021 galt eine Impfpflicht bei der Bundeswehr, am 15. März 2022 trat die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen in Kraft. Eine allgemeine Impfpflicht wurde angestrebt, jedoch konnte keiner der Entwürfe bei der Abstimmung im Bundestag im April 2022 die erforderliche Mehrheit erlangen. Die 2G/3G-Einschränkungen liefen im März 2022 im Inland aus, für Auslandsreisen im Juni 2022. Die Maskenpflicht galt noch bis März 2023, die COVID-Impfpflicht für die Bundeswehr sogar bis Mai 2024 [1].

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wir über mehrere Jahre eine beispiellose Verletzung unserer Grundrechte hinnehmen mussten: Kontaktbeschränkungen, Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit, Verbote der Berufsausübung, Impfnötigung usw. Alte und Kranke wurden von ihren Angehörigen getrennt, Schulen waren monatelang geschlossen, danach wurden selbst Grundschüler zum stundenlangen Tragen unhygienischer Masken und ständigen Tests gezwungen, später zur Impfung genötigt. Entsprechend unseres Grundgesetzes müssen staatliche Maßnahmen, die unsere Grundrechte beschränken, stets verhältnismäßig sein. Das bedeutet:

- Die Maßnahmen müssen geeignet sein, den verfolgten Zweck zu erreichen
- Sie müssen zudem erforderlich sein, um den Zweck zu erreichen.
- Sie müssen dem Ziel und dem Zweck angemessen sein [2].

Im Nachhinein stellt sich also die Frage, ob die harten Corona-Maßnahmen tatsächlich verhältnismäßig und zielführend waren - oder doch nur blinder Aktivismus oder gar pure Schikane. Rationale Maßnahmen gründen auf vorurteilsfreier Wissenschaft und ständiger Evaluierung. Die RKI-Files [3] legen jedoch

nah, dass wichtige Entscheidungen eher nach politischen als nach wissenschaftlichen Vorgaben getroffen wurden. Deshalb lohnt es sich, die einzelnen Narrative der „Pandemie“ genauer anzuschauen.

1. Der Laborursprung des SARS-Cov-2-Virus ist eine Verschwörungstheorie [4].
Tatsächlich gab es bereits 2020 mehrere fundierte Analysen, die darauf hindeuteten, dass dieses Virus eben nicht natürlichen Ursprungs ist und vermutlich im Wuhan Institute of Virology als Ergebnis der Gain-of-Function-Forschung entstand [5]. Wie kürzlich bekannt wurde, hielten auch Geheimdienste wie CIA und BND einen Laborursprung schon zu Beginn der Pandemie für wahrscheinlich [6].

2. Die Pandemie ist eine Jahrhundertkatastrophe. [7]
Die Zahl der „Corona-Toten“ wird weltweit mit etwa 7 Millionen angegeben (weniger als 0,1% der Weltbevölkerung) [8]. Die tatsächliche Übersterblichkeit in Deutschland entsprach im ersten Jahr der Pandemie allerdings der einer schweren Grippewelle (wie 2017/18) und nahm erst in den Folgejahren - nach Beginn der Impfkampagne - zu [9]. John Ioannidis, ein namhafter Epidemiologe und Statistiker an der Stanford University, stellte bereits in der Frühphase der Pandemie fest, dass die Infection Fatality Rate (Anteil der Todesfälle unter allen Infizierten) sehr stark altersabhängig ist und insgesamt bei nur etwa 0,27% liegt (0,05% für Personen unter 70 Jahren) [10]. Die Altersabhängigkeit wurde auch in anderen Studien bestätigt [11]. Hinzu kommt, dass ein nicht geringer - aber auch nicht genau zu erfassender - Anteil der „Corona-Toten“ nicht an, sondern nur mit COVID verstarb [12]. Im Vergleich dazu starben während der Spanischen Grippe 1918-20 mehr als 2,5% der Weltbevölkerung, die Letalität lag bei 5-10%.

3. „Deutschland ist gut durch die Pandemie gekommen. Das verdanken wir nicht zuletzt einer konsequenten Corona-Politik. Eine der konsequentesten in Europa.“ Karl Lauterbach, Februar 2023
Hier [13] findet man eine Reihe von Studien, die den fehlenden Nutzen von Kontaktbeschränkungen und Lockdowns bei der Vermeidung von COVID-Erkrankungen nahelegen. Im Gegenteil: Lockdowns können u.a. zu erhöhter Arbeitslosigkeit, vermehrten Depressionen, Suchterkrankungen, Suiziden, einer schlechteren Diagnostik und Therapie anderer Erkrankungen und damit zu mehr Todesfällen führen. Die Folgen monatelanger Schulschließungen und Kontakt-

beschränkungen auf die geistige und körperliche Gesundheit von Kindern und Jugendlichen kann sich jeder selbst ausmalen, viele Eltern und Großeltern haben es erlebt. Auch der direkte Ländervergleich (beispielsweise zwischen Schweden und Deutschland) zeigt keinen Vorteil für die von Lauterbach gelobten „konsequenten Maßnahmen“ - eher das Gegenteil [14]

4. COVID-19-Impfungen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die SARS-CoV-2-Pandemie in Deutschland verhältnismäßig mild verlaufen ist [15].
Wir alle erinnern uns an die Aussage unsers Gesundheitsministers Karl Lauterbach, in der er die mRNA-Impfungen gegen das SARS-CoV-2-Virus als „nebenwirkungsfrei“ bezeichnete [16] Dabei wurden bereits 2021 zahlreiche Studien veröffentlicht, die das hohe Risikoprofil dieser Impfungen beschrieben: Thrombozytopenien, anaphylaktische Reaktionen, neurologische Schäden, Myokarditis, Autoimmunerkrankungen - um nur einige zu nennen. Die Zahl der Impftoten bei der mRNA-Impfung lag mindestens 100mal höher als bei herkömmlichen Impfungen [17]. Auch die Wirksamkeit der mRNA-Impfung ist alles andere als überzeugend. Während man uns zu Beginn der Impfkampagne noch einen 65-95%igen Schutz versprach [18], sanken diese Werte stetig ab. Auch Geimpfte mussten sich regelmäßig testen und wurden krank. Während immer mehr „Impfdurchbrüche“ auftraten, berief man sich auf einen vagen „Fremdschutz“ oder den „Schutz vor schweren Verläufen“ - nichts davon eindeutig quantifizierbar. Später waren dann die neuen Virusvarianten für den fehlenden Ansteckungsschutz verantwortlich, mit der (für die Hersteller sehr praktischen) Empfehlung zu immer neuen Booster-Impfungen [19].

5. Man wusste es nicht besser
Wie in den vorhergehenden Punkten dargestellt, gab es zahlreiche ernstzunehmende Wissenschaftler, die bereits in der Frühphase der Pandemie vor der Nutzlosigkeit und dem schädlichen Effekt der Corona-Maßnahmen warnten. Im Oktober 2020 verfassten Martin Kulldorff (Epidemiologe und Biostatistiker an der Harvard University), Sunetra Gupta (Epidemiologe an der Oxford University) und Jay Bhattacharya (Epidemiologe und Experte für Gesundheitspolitik an der Stanford University) die Great Barrington Declaration [20], in der sie auf die Risiken der globalen Lockdown-Politik hinwiesen und forderten, sich stattdessen auf den Schutz von Risikogruppen zu beschränken. Dort, wo man diesen Empfeh-

lungen folgte (Schweden, Florida) sprachen die Erfolge für sich. Auch auf die Risiken der mRNA-Impfung wurde von anerkannten Wissenschaftlern frühzeitig hingewiesen [21]. Aber man wollte es nicht wissen: die Verfasser der Great Barrington Declaration wurden diffamiert [22] und alle Kritiker mundtot gemacht [23].

Anfang April 2023 erklärte Karl Lauterbach die Corona-Pandemie für beendet [24]. Seitdem häufen sich die Forderungen nach einer Aufarbeitung. Während diese beispielsweise in den USA bereits Fahrt aufnimmt, verweigert man sich in Deutschland [25] und warnt vor „Schuldzuweisungen“. Aus Sicht der einstigen Scharfmacher in „Wissenschaft“, Politik und Medien ist es verständlich, dass man lieber den Mantel des

Vergessens ausbreiten und „nach vorn schauen“ möchte. Aus Sicht ihrer Opfer ist es absolut inakzeptabel.

Auch für viele Normalbürger sind die Corona-Schikanen eine Zeit, an die sie lieber nicht erinnert werden möchten.

Aber wir alle sollten uns erinnern und lückenlos aufarbeiten, denn nur, wenn man aus der Vergangenheit lernt, kann man ähnliche Fehler in der Zukunft verhindern. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass wir besser abwägen sollten, wem wir in Zukunft unser Vertrauen schenken:

Warum sollten diejenigen, die uns während der „Pandemie“ über Jahre so schamlos belogen haben, bei anderen Themen (Klimawandel, Ukraine-Konflikt) die Wahrheit sagen?

Literaturempfehlung: Gunter Frank: „Das Staatsverbrechen“ Ulrike und Tom Lausen: „Die Untersuchung“	
Internet-Quellen:	
[1] bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html	[14] uni-speyer.de/fileadmin/Lehrstuehle/Knorr/Update__Erfolg_der_Corona-Massnahmen_03_23.pdf.
[2] bmj.de/DE/rechtsstaat_kompakt/rechtsstaat_grundlagen/verhaeltnismaessigkeit/verhaeltnismaessigkeit_node.html	[15] bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/faq-covid-19-impfung.html
[3] rki-transparenzbericht.de/	[16] zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/corona-pandemie-impfung-karl-lauterbach-100.html.
[4] thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(20)30418-9/fulltext	[17] achgut.com/artikel/covid_impfung_schlechte_sicherheitslag_e_von_nationaler_tragweite
[5] sciencefiles.org/2021/05/16/sars-cov-2-das-stammt-aus-dem-wuhan-institute-of-virology-woher-sonst-die-gesamt-liste-der-indizien/	[18] deutsche-flagge.de/de/redaktion/dokumente/dokumente-sonstige/infoblatt-corona-schutzimpfung.pdf
[6] nzz.ch/international/der-deutschen-regierung-liegen-plausible-indizien-vor-dass-das-coronavirus-aus-dem-labor-in-wuhan-kommt-ld.1874840	[19] sciencefiles.org/2021/05/23/die-wahrheit-uber-den-covid-19-impfschutz/
[7] bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-1846014	[20] gbdeclaration.org/die-great-barrington-declaration
[8] de.statista.com/statistik/daten/studie/1103240/umfrage/entwicklung-der-weltweiten-todesfaelle-aufgrund-des-coronavirus/	[21] rumble.com/vhp7y5-full-interview-world-renowned-doctor-blows-lid-off-of-covid-vaccine.html
[9] researchgate.net/publication/378124684_Differential_Increases_in_Excess_Mortality_in_the_German_Federal_States_During_the_COVID-19_Pandemic	[22] welt.de/kultur/plus230155717/Lockdown-Christian-Drosten-und-die-Leugner.html
[10] pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC7947934/pdf/BLT.20.265892.pdf[11] https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC9613797/	[23] deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/701605/twitter-files-wie-die-social-media-plattform-die-corona-debatte-manipuliert-hat
[12] sciencefiles.org/2021/04/15/mindestens-ein-drittel-der-statistisch-als-covid-19-tote-erfassten-sind-nicht-an-covid-19-verstorben/	[24] faz.net/aktuell/politik/ausland/lauterbach-sieht-corona-pandemie-als-beendet-an-18803124.html
[13] sciencefiles.org/2021/04/10/follow-the-science-die-gesammelten-belege-dafur-dass-lockdowns-nicht-funktionieren/	[25] achgut.com/artikel/covid_aufarbeitung_in_usa_abtauchen_i_n_deutschland

Ausflugstipps

Die LAMBERTSMÜHLE – Eine Wassermühle in Betrieb

VON DORIS HEINE



Foto von © Mabit1 von <https://commons.wikimedia.org>

Die Lambertsmühle im waldreichen Wiehbachtal bei Burscheid ist ein Ensemble, zu dem neben dem Mühlengebäude ein Stall, eine Remise, und eine Scheune gehören und das seit 1983 unter Denkmalschutz steht.

Eine funktionstüchtige Schmiede mit Esse, eine Holzwerkstatt / Stellmacherei, eine Schusterei / Sattlerei, eine Webstuhlkammer,

ein Kellergewölbe (Weinkeller), ein ökologisch angelegter Bauerngarten sowie diverse landwirtschaftliche Geräte, z. B. eine funktionierende Apfelpresse oder eine Dreschmaschine runden das Bild ab.

Sie ist eine der schönsten erhaltenen Wassermühlen im Stadtgebiet Burscheids und ein beliebtes Wanderziel in der

näheren Umgebung Burscheids - auf den Ritterpfaden des Bergischen Landes und dem Weg zwischen (Leverkusen-) Lützenkirchen und Altenberg inmitten historisch bedeutsamer Landschaft.

Führungen erfolgen nach Terminabsprache durch Mitglieder des
Verein zur Förderung der Lambertsmühle zu Burscheid e.V.
Telefon 02174-892929

Auf Wunsch können Paare in der Lambertsmühle getraut werden.

Nähere Auskünfte erteilt die
Stadtverwaltung Burscheid
Telefon: 02174 670-146

Für Besucher geöffnet und jedes Jahr wieder ein Highlight ist dieses historische Ensemble jeweils zum Mühlentag, dem Tag des offenen Denkmals, dem Obstpresstag und dem Weihnachtsmarkt.

Dorfbrennerei (Windeck-Rosbach)

VON NATHALIE WAGNER

Wie kommt der Geist in die Flasche?

Wenn Sie schon immer einmal wissen wollten, wie der Gin, der Likör oder der Whisky in die Flasche kommt, sollten Sie unbedingt die Dorfbrennerei in Windeck-Rosbach besuchen.

Man kann die Frage sehr kompetent und anschaulich beantwortet bekommen, indem man eine Besichtigung bucht oder zu den Öffnungszeiten dort sein Lieblingsgetränk kauft.

Man darf auch probieren, bevor

man kauft. Es gibt dort auch Raritäten wie Kräuter- oder Kamillengin, um nur einige der sehr schmackhaften wie ausgefallenen Ginsorten zu nennen, oder auch Whisky, 5 Jahre alt, im Sherryfass gereift.

Diese Geister werden in einem kleinen, alten Fachwerkhaus gebrannt, wie man gleich beim Eintreten an dem großen Kupferkessel sehen kann.

Anschließend kann man im Ort Essen gehen oder auch einen Spaziergang in der Region

machen. Worauf warten Sie?

**Der Ginsberg,
Windecker Dorfbrennerei
Bergstraße 10
51570 Windeck-Rosbach**

**Öffnungszeiten:
Samstag 9-12 Uhr
Mittwoch 15-18 Uhr
Freitag 15-18 Uhr**

**Tel. 02292 – 9290992
E-Mail: info@windecker-dorfbrennerei.de
Internet: www.windecker-dorfbrennerei.de**



Foto von © I-f-GE e.V.
Kupferkessel



Foto von © I-f-GE e.V.
Rührwerk im Kessel



Foto von © I-f-GE e.V.
Die Probierstube

Sommerzeit ist Radelzeit

„Radeln nach Zahlen“ in der Radregion Rheinland



VON JOHANN FEHNER

Rheinland, Juni 2025

Die Radregion Rheinland lädt mit dem bewährten Knotenpunktsystem erneut zu abwechslungsreichen und individuell planbaren Radtouren ein. Ganz nach dem Vorbild der Niederlande und Belgiens ermöglicht das flächendeckende, wabenartige Streckennetz eine flexible Tourengestaltung beidseitig des Rheins – vom Siebengebirge bis ins Neanderland, vom Rheinischen Revier bis ins Bergische Land sowie durch die Städte Köln, Leverkusen und Düsseldorf. Dank der praktischen Knotenpunktbeschilderung und der neu aufgelegten Radwanderkarte der BVA zur Radregion Rheinland lassen sich Rundtouren ganz einfach zusammenstellen – auch ohne Ortskenntnisse. Radbegeisterte müssen sich lediglich die Zahlen der gewünschten Knotenpunkte notieren, um loszuradeln. Ob mit Karte, den Übersichtstafeln entlang der Strecke oder dem digitalen Tourenplaner[1] auch spontane Routenänderungen sind jederzeit problemlos möglich.

Die Radwanderkarte im Maßstab 1:100.000 bietet eine umfassende Übersicht über das gesamte Knotenpunktnetz sowie ausgewählte Routenvorschläge inklusive GPX-Tracks, die

bequem per QR-Code heruntergeladen werden können. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Informationen zu Sehenswürdigkeiten, Bahnhöfen, Radservices und weiteren Tipps für unterwegs.

Neu in der Karte: Die Landeshauptstadt Düsseldorf und der Kreis Mettmann sind nun ebenfalls Teil der Radregion Rheinland. Im Kreis Mettmann wird das Knotenpunktsystem derzeit sukzessive aufgebaut und voraussichtlich 2026 vollständig fertiggestellt sein. Die neue Radwanderkarte ist ab sofort online erhältlich[1].

Die Radregion Rheinland e. V. ist ein Zusammenschluss von Kreisen und kreisfreien Städten mit dem Ziel, das Radfahren für Einheimische und Gäste im Rheinland noch attraktiver und grenzenlos erlebbar zu machen. Aktuelle Informationen und Inspirationen gibt es regelmäßig über den Newsletter sowie auf den Social-Media-Kanälen Instagram, Facebook und Komoot. Weitere Informationen sind auf der Webseite [1] verfügbar. Hier kann das Magazin, die Radkarte und vieles mehr bestellt werden.

Quelle:
„Das Bergische“ vom 04.06.2025
dasbergische.de/service/presse
[1] www.radregionrheinland.de

Energiewende mit dem Dual-Fluid-Reaktor

Wie die CDU/CSU ihre Wahlversprechungen nicht einhält

VON LÄTTITIA CAPUCCI

Auf www.achgut.com erschien ein Artikel der Physiker und Atomforscher Götz Ruprecht und Manfred Haferburg zum Stand der Dual-Fluid-Reaktorentwicklung in Ruanda (nicht in Deutschland!) und dem Nichteinhalten der CDU/CSU-Wahlversprechen zur Rückkehr zur Atomenergie, um die Energiewende realisierbar zu machen. Die beiden ausgewiesenen Experten, mehr Expertise geht nicht,

legen in ihrem Artikel dar, dass das Kapital für den Dual-Fluid-Prototyp 100 Millionen Euro benötigt, was lediglich 0,01 % des „Sondervermögens“ der CDU/CSU/SPD-Utopien darstellt.

Mit diesem Kapital für die Durchführung des vier Jahre dauernden Dual-Fluid-Experiments könnten deutsche Physiker und Ingenieure eine Technologie für die umweltverträgliche

Sicherung der Energiezukunft der Menschheit leisten, wenn der politische Wille nach der Wahl den Aussagen vor der Wahl entspräche.

Es wäre zugleich eine weltweite Sensation und das erste Reaktorexperiment (mit 300 Megawatt elektrischer Leistung) seit ca. 60 Jahren. Außerdem ließen sich mit einem Dual-Fluid-Reaktor aufgrund seines Betriebs

bei 1000°C synthetische Kraftstoffe aus Wasserstoff herstellen, was bedeutende Produktionsvoraussetzungen für die Stahl- und Betonherstellung hätte (Stichwort „Wettbewerbsvorteile“).

Kurz, der Betrieb eines Dual-Fluid-Reaktors böte die Abdeckung aller Sektoren des Energiebedarfs bei gleichzeitiger Kostenreduktion. Und die verantwortlichen woken Politiker lehnen das

ab bzw. halten sich nicht an ihre vorher getätigten Wahlversprechen!

Mehr Betrug am Volk (Deutschland hat die höchsten Energiepreise, die jeder einzelne Verbraucher bezahlen muss) und an der Menschheit geht nicht!

Und da soll man nicht von Absicht sprechen?! Bisher ist noch jede Verschwörungstheorie zur bitteren Wahrheit geworden.

Leserbriefe

Echosprache

Es ist nicht nur die Gender-sprache, welche die deutsche Sprache ruiniert und zur allgemeinen Verblödung beiträgt, sondern ebenso die „Echosprache“. Gleich einer Seuche verbreitet sich die „Echosprache“ besonders in den Medien. Bei dieser Sprache werden unsinnigerweise aus welchen

Gründen auch immer, Worte verdoppelt, verdreifacht, oder noch öfter wiederholt. In meiner Schulzeit vor über 75 Jahren – es gab nur Radio und Zeitung – bedienten sich die Medien einer besonders geschliffenen Ausdrucksweise. Diese wurde auch uns Schülern vermittelt. Hätten wir uns damals

in der „Echosprache“ geäußert, wäre sofort die Zurechtweisung erfolgt: „Einmal genügt, um sich hinreichend zu artikulieren“. In den Medien hört sich das heute so an: Es ist deutlich, deutlich anders. / Es war eine ganze, ganze Menge. / Das war wirklich, wirklich schön. / Es gab Vieles, Vieles zu sehen. / Dies kostet

richtig, richtig Geld. / Es wurde ganz, ganz explizit dargestellt. / Das ist sehr, sehr, sehr wichtig. / Dies ist ja wunder, wunderschön. / Hier wurde richtig, richtig gut gefeiert. / Es war völlig, völlig anders. / Das ist ja so, so, so, so wichtig. / Es kamen immer, immer mehr. / Da haben alle, alle mitgemacht. / Und so weiter und

so fort. Eine entsprechende Rückentwicklung im gegenwärtigen Sprachverhalten halte ich dem heutigen Zeitgeist entsprechend für völlig ausgeschlossen. Dennoch – die Hoffnung stirbt zuletzt.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Roth

„Menschenwürde“

Der Begriff „Menschenwürde“ ist ein Widerspruch in sich. Der Mensch hat kein Recht auf Würde, denn er ist von Natur aus unwürdig. Er kann sich allerdings im Laufe seines Lebens als würdig erweisen, indem er zum Beispiel einen guten Lebenswandel führt. Andererseits hat der Mensch ein

Recht auf Leben, ohne Körperverletzung, Todesstrafe und Abtreibung. Denn nicht die „Würde“, sondern das Leben des Menschen ist unantastbar.

Wo bleibt die sogenannte „Menschenwürde“ bei der Abtreibung? Hier spielt sie auf einmal keine Rolle mehr. So drängt sich

die Frage auf, welcher Mensch ist letztendlich würdig, die tötende Mutter, oder ihr totgeweihtes Kind? Eine diesbezügliche Stellungnahme wird von Abtreibungsbefürwortern vermieden. Pro Familia („für Familie“) fordert sogar, der Schwangerschaftsabbruch solle großzügiger

gestaltet werden - welch ein Paradoxon. Der Begriff „Menschenwürde“ ist nichts anderes als ein wohlgefalliges Schlagwort, genauso wie zurzeit die Begriffe „Demokratie“ und „Vielfalt“. Vor diesem Hintergrund sollte es daher in Artikel 1 des Grundgesetzes heißen: „Das

Leben des Menschen ist unantastbar. Das Leben zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Diese Umformulierung ist überfällig und wertet das Grundgesetz auf.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Roth

Verfassungspatriotische Schwachstelle

Zur Leitglosse von Berthold Kohler „Dann könnte man den Sündenfall verzeihen“ (F.A.Z. vom 15. März): Der Zweck könnte – der Konjunktiv steht hier völlig zu Recht – das Mittel und insbesondere die abenteuerliche Konstruktion heiligen.

Aber zu welchem Zeitpunkt wird das Versprechen eingelöst?

Dummerweise liefern sich nun sowohl die neue wie die alte Herrschaft jahrelangen, wenn nicht jahrzehntelangen Zweifeln aus und jeder beliebigen Polemik.

Denn dass die gerne bemühte „ununterbrochene Legitimationkette“ unserer Wahl vom 26. September 2021, also noch

zum 20. Deutschen Bundestag, nun. technisch- dazu. herhalten muss, das von vielen Politikern für sachgerecht gehaltene Spielgeld in Höhe von einer Billion zu triggern – das hat schon viel von hinter sinniger Rabulistik, wenn nicht von staatsrechtlicher Winkeladvokatur. Die Gefahr besteht: Genau diese verfassungspatriotische

Schwachstelle wird auf lange Zeit, man könnte auch sagen „nachhaltig“, von den völlig Falschen zitiert werden.

Besser wäre gewesen, und es hätte sogar dem vormaligen SPD-Leitbild eines die Bürger aktivierenden Staates entsprochen: ein offener Kassensturz, ein kompromisshaftes Klären der

mittelfristigen Prioritäten, sodann Verpflichtungen genau in dem Maße, die eine neue Administration für ihre Lebensdauer seriös finanzieren kann.

Das ist die Herausforderung; Geld ohne Ende wäre es nicht

Dr. Karl Ulrich Voss

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben:
E-Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter
Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden, direkt einen Beitrag zur Verfügung stellen können oder ob Sie uns bei der Verteilung bzw. in der Administration unterstützen wollen,

würden wir uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion



Spenden Sie über unsere
Webseite: www.i-f-ge.de



10 | Lokales

Bergisch Gladbach

Zulassungsstelle im Kreishaus immer noch im Corona-Modus

VON KURT SPORK

Wer vor der großen Pandemie mal ein Fahrzeug an- oder umgemeldet hat, weiß es noch: In den Wartesaal im Kreishaus gehen, am Automaten eine Nummer ziehen, hinsetzen und die Anzeigetafel beobachten. In der Regel dauerte es deutlich weniger als eine Stunde, dann blinkte die Nummer auf und auch die Nummer des Schalters, an dem man von der freundlichen Verwaltungsfachkraft bedient werden sollte. Wenn man alle nötigen Unterlagen beisammen hatte, war man nach wenigen Minuten fertig. Auch

wenn man noch Schilder machen lassen musste, ging das ganz fix an einem der beiden Schalter (wenn auch zu deftigen Preisen).

Dann kam im Jahre 2020 Corona - und kurz darauf war alles anders: Nur noch vorgebuchte Termine, strenge Einlaßkontrollen, Bürger wurden nur einzeln reingelassen, nachdem sie vorher draußen in der Schlange (die sich trotz vorgebuchter Termine bildete) je nach Außentemperatur erkältungsgefährdet gewartet hatten. Spätestens am 7. April 2023 (Nach Fortfall aller Corona-

„Schutzmaßnahmen“) hätte man zum alten Modus zurückkehren können. Aber nein: Offenbar gefiel den Verantwortlichen die Corona-Regelung so gut, dass sie sich entschlossen, die Praxis der wochenlang vorzubuchenden Termine beizubehalten.

Das heißt in meinem konkreten Fall: Heute Terminanfrage gestellt mit dem Ergebnis, dass ich 3 Wochen und 2 Tage warten muss, bis ich ein Fahrzeug an- oder ummelden kann bzw. wie in meinem Fall für meinen PKW neue Kennzeichen beantragen

kann, weil mir ein Nummernschild abhanden gekommen ist (verloren oder gestohlen). Für mich bedeutet das: Ich kann über 3 Wochen mein Auto nicht nutzen; Versicherung und Steuern laufen jedoch weiter.

Das ist nicht nur schikanös, das ist skandalös! Offenbar glauben die Verantwortlichen, sie könnten sich gegenüber dem Bürger alles erlauben. Es wird Zeit, dass die Kreisverwaltung von den Bürgern eine klare Rückmeldung erfährt: So nicht!

Digitalisierung hin oder her – wir wollen endlich wieder ohne vorherige Terminvergabe Fahrzeuge ab- oder ummelden können bzw. darf ein verlorenes oder gestohlenen Kennzeichen nicht dazu führen, dass das Fahrzeug mehrere Wochen nicht benutzt werden kann.

Am liebsten wäre mir im Vorfeld der kommenden Kommunalwahlen eine Informationskampagne, die sich an die sicher zahlreichen betroffenen Bürger richtet – vielleicht sogar eine Demo vor dem Kreishaus.

DÜSSELDORF

Gedenkveranstaltung der AfD für die Opfer migrantischer Gewalt

VON LÄTTITIA CAPUCCI



vorwiegend muslimisch geprägten Ländern statt. Teilgenommen haben Herr Kyrath, dessen Tochter Annmarie und ihr Freund Danny von einem Migranten in der Bahn niedergestochen wurde. Beide erlagen ihren Verletzungen. Teilgenommen hat auch der Industrielle und Blogger Herr Weber sowie Dr. Vincentz als Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag.

Durch die Veranstaltung führte Frau Zacharias, AfD-Abgeordnete im Landtag. Online konnte die Veranstaltung ebenso verfolgt werden. Das Interesse war groß, sogar aus Leipzig kamen Interessierte angereist. Vertreter der CDU, SPD, Grünen u.a. waren nicht erschienen, obwohl sie eingeladen worden waren.

Zu Anfang verlas Frau Zacharias 42 Namen von Mitbürgern, stellvertretend für mittlerweile unzählige weitere Opfer, die

durch Migrantengewalt ums Leben kamen. Das waren deutsche und auch ausländische Namen.

Auch auf den Täter, Ibrahim A., und seine Motive wurde eingegangen. Es wurde auch über die politisch Verantwortlichen – Frau Faeser bzw. Frau Merkel, deren Name mitschwang - dieser Schieflage gesprochen und die Zusammenhänge der Fehlentscheidungen – Herr Weber sprach sogar von Absicht - in Erinnerung gerufen.

Sowohl Herr Kyrath als auch Herr Weber und Dr. Vincentz haben alle Teilnehmer dazu aufgerufen, dieser verfehlten Politik nicht weiter gleichgültig zuzusehen, sondern vielmehr mit demokratischen Mitteln dagegen anzukämpfen und die gesellschaftliche Verrohung zu stoppen. Im Freundeskreis könne man sich für Opfer engagieren

und darüber sprechen, dass die Menschen, die für diese Zustände verantwortlich seien, künftig haftbar zu machen seien. Für viele Menschen außerhalb der Politikerblase sei die AfD daher die letzte Hoffnung, um wieder demokratische Abläufe zu etablieren und den Bürgern eine würdige und wieder sichere Gesellschaft zu garantieren.

Gedenkveranstaltungen dieser Art sollte es noch mehr und regelmäßig geben. Sie verdienen leider mittlerweile, den gleichen Stellenwert wie Veranstaltungen zu den Opfern der Weltkriege zu bekommen.

Es sollte auch ein nationaler Gedenktag gesucht und gefunden werden wie z.B. der 17.06.1953, an dem Deutsche auf Deutsche schossen und Deutsche ebenso in ihrem Heimatland sinnlos ermordet wurden. Es fehlt auch ein Buch zu diesem

Thema, in dem der Autor alle Namen der Opfer migrantischer Gewalt aufzählt. Alexander Solschnizyns „Archipel Gulag“ könnte hierbei eine Vorlage bilden, denn er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Namen der betroffenen Gulag-Insassen – Opfer des Sowjetregimes - zu sammeln, ein höchst christlicher und moralischer Gedanke.

In dem Zusammenhang sollte auch überlegt werden, einen Gedenktag für die Opfer der Menschen schädigenden Corona-Politik – vielleicht sogar weltweit - zu finden und zu etablieren, ebenfalls mit regelmäßigen Gedenkveranstaltungen, um die Namen und Menschen nicht zu vergessen.

Wie wollen wir Überlebenden sonst für die Opfer verfehlter Politik moralisch handeln, um unsere Liebsten und ihre Namen nicht zu vergessen?

WERMELSKIRCHEN

Neue Missionare

VON HANS-JOACHIM LIETZMANN

In einem ganzseitigen Artikel in der Rubrik „Staat und Gesellschaft“ der F.A.Z. vom 12.06.25 äußert sich der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Herr Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof zur Frage: „Dürfen wir noch sagen, was wir wollen?“

Er macht die Aussage: (Zitat) „Am öffentlichen Diskurs beteiligt sich mittlerweile die Figur des „moralisierenden Missionars“. Er will gar nicht sachliche Erwägungen austauschen und seinem Gegenüber zuhören.....

Ein Andersdenkender ist nicht ein Gegenpart mit ...vielleicht sogar besseren Argumenten, sondern ein Gegner, der sich keinesfalls durchsetzen darf,

denn dann würde das „Falsche“ oder gar das „Böse“ siegen.“ Und schließt seinen Beitrag ab mit den Worten „Wir sollten moralisierenden Missionaren Einhalt gebieten.“

Prof. Dr. Kirchhof ist sicher unverdächtig ein Anhänger der AfD zu sein. Jedoch ist zu erinnern an Jahre, in denen die Zeiten alternativlos waren. So war in den 70er-Jahren nur ein „Kriegs-dienstverweigerer“ ein guter Christ. Später war dies dann der Atomkraftgegner. Und mit der Migrationskrise wurden Staatsdiener, die den Schutz der Grenze für möglich, gar notwendig hielten, zu Un-demokraten. So weist beispielsweise ein Polizist einen ehemaligen

Soldaten zurecht, die Moral ginge dem Recht vor, so geschehen in Wermelskirchen vor ca. 5 Jahren.

Das hieße, der alte Grundsatz „nulla poena sine lege“ (keine Strafe ohne Gesetz) wäre nicht mehr gültig.

In den Kirchen galt und gilt die Nächstenliebe seit 2015 vor-dringlich den Fremden, dem Gast, der inzwischen ja auch Bürger-geld erhalten kann. Bei diesem missionarischen Eifer kommt es dazu, wie in Remscheid und Wermelskirchen geschehen, daß Menschen nicht mehr gemeinsam mit Vertretern aus anderen politischen Parteien singen können oder wollen, wenngleich dies zuvor über Jahrzehnte gegeben war.

Wenn ein Kirchenlied eine ganz besondere Form des Gebetes ist, dann wird deutlich, welche Auswüchse hier gegeben sind.

Es stellt sich dann die Frage, ob z.B. in einem Gefängnisgottesdienst mit bestimmten Strafgefangenen gemeinsam gebetet werden kann. Und wie mit der christlichen Aufforderung, für die Sünder (sich selbst und andere), gar für seine Feinde zu beten, umzugehen ist.

Ist eine Fürbitte für den Feind denkbar?

Im Blick auf einen Vortrag von einem Vertreter von „Open Doors“ am 06.05.25 in Hückeswagen über die Situation der

verfolgten Christen, ist bemerkenswert, wie sehr jene Christen der Hilfe der Gebete vertrauen. Zugleich erscheint die christliche Missionierung in Deutschland abzunehmen während die Zahl der moralisierenden Missionare steigt.





Das Wunderkind von Lübeck

Christian Heinrich Heineken (1721-1725)

VON JOHANN FEHNER



Foto von © Andreas Praefcke auf Wikimedia Commons

Christian Heinrich Heineken wurde am 6. Februar 1721 als Sohn des Lübecker Malers und Architekten Paul Heineken und der Blumenmalerin, Kunsthändlerin und Alchimistin Catharina Elisabeth Heinecken geboren.

Mit nur vier Jahren starb das hochbegabte und zu dieser Zeit bereits landauf, landab berühmte Kind. Es verkörpert damit sowohl die bewundernswerten aber eben

auch die tragischen Aspekte von Menschen mit außergewöhnlichen Fähigkeiten.

Die Eltern bemerkten früh die Begabung ihres Kindes. Mit 10 Monaten konnte er bereits die Bilder der Tapete benennen. Daraufhin engagierten sie einen Privatlehrer. Mit einem Jahr rezitierte Christian Passagen aus dem Alten Testament sowie etliche Kirchenlieder.

Mit zwei Jahren konnte er bereits geschichtliche Ereignisse auf Französisch wiedergeben und verfügte über Kenntnisse in Latein.

Mit drei Jahren wendete er sich auch dem Dänischen zu und fand daran gefallen. Sein Ruf war mittlerweile so groß, dass seinem

Wunsch, den dänischen König zu treffen, nachgegeben wurde. Am 9. September 1724 erhielt Christian eine Audienz bei König Frederik IV im Schloss Fredensborg und begeisterte ihn mit Wissen über die dänische Geschichte.

Da die Mutter Christian nicht säugen konnte, wurde er von einer Amme gestillt. Seine schwache Konstitution führte dazu, dass er bis kurz vor seinem Tod keine andere Nahrung aufnahm.

Die Verdauungsprobleme waren wahrscheinlich auch die Ursache für sein frühes Ableben. Begraben wurde das Wunderkind in der Lübecker Katharinenkirche, allerdings ohne Grabstein.

Der Komponist Georg Philipp

Telemann sowie der Schriftsteller Theodor Storm wurden vom Leben Christians inspiriert und über ihre Werke überlebte sein Ruf die Jahrhunderte.



© Catharina Elisabeth Heinecke
WikiCommons

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben:
E-Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter
Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden, direkt einen Beitrag zur Verfügung stellen können oder ob Sie uns bei der Verteilung bzw. in der Administration unterstützen wollen, würden wir uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion



Spenden Sie über unsere
Webseite: www.i-f-ge.de



Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln
vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

12 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel

1. Schreibgerät
2. Wand zum Schreiben
3. Ein Stück Papier
4. Kleines Speichergerät
5. Kouver
6. Zustellgebühr
7. Behälter aus Papier
8. Rohstoff für Papier
9. Schreibfarbe
10. auf Papier bringen
11. Klebestreifen
12. Klebstoff
13. Etikette
14. altes Schreibgerät
15. elektronisches Schreibgerät
16. schwarzer Stift
17. Schrift entfernen
18. Papier aufeinanderlegen
19. hauchdünnes Blatt
20. Papier walzen
21. dickes Papier

Lösung auf Seite 5

12345

6789101112

131415

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9×9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

1			7	6	2	8	3	
			4					2
			1	3				6
						1	7	
5			8		1	2	6	
			9			5		
	4		2		3		8	7
		6						
7		1				3	5	

		2	6	5				4
8	9	5						
					8	3	5	
5	7		9			8	3	6
6			7	8			4	5
		4			5	2	9	7
7		6						3
				4			7	
	4	8		7				1

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>